

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

123 (30.5.1913) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Sinn für Gesetlichkeit.

Von Albert Thomas, Mitglied der französischen Deputiertenkammer.

Wer an dem noch mehr politischen als militärischen Charakter der Kriege zweifeln wollte, die gegenwärtig in Frankreich besteht, dem müßten die Ereignisse der letzten Woche klare, unwiderlegliche Beweise geboten haben.

Die plötzlich von Deutschland begonnene Neuanfrüstung hätte Frankreich in einer Zeit demokratischen Fortschreitens zu einem klareren Verständnis seiner Verteidigungsmittel, zu einer immer mehr demokratisierten Heeresorganisation, zu einem Milizsystem nach Schweizer Art führen können, unter dem das Volk in Waffen jederzeit das Gefühl hat, seine Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht siegreich verteidigen zu können, ohne daß es sich durch irgend welche chauvinistische Selbstüberhebung oder durch irgend einen Angriffsgedanken fortreißen läßt.

Aber da seit dem Ministerium Briand, seit dem Ministerium Clemenceau, seit dem Bruch des Blocks zwischen Radikalen und Sozialisten Frankreich einen Zustand politischer Stagnation durchmacht, ist die Ankündigung der deutschen Rüstungen im Gegenteil bei uns der Vorwand zu dem mehrfach gekennzeichneten Vorfeldzug und zu militärischen Maßnahmen geworden, die der Nation zwar ungeheure Opfer auferlegen, aber ihr letzten Endes doch nicht das Gefühl einer Machtverfälschung geben können.

Vielleicht wird es einmal ein fürchtbares Erwachen geben. Die die Nation getäuscht haben, die sie im Dienste ihres persönlichen Eigeninteresses betören wollen, die im Gedanken an Marokko oder an die militärischen Lieferungen sie zur dreijährigen Dienstzeit hintreiben, anstatt ihr mutig demokratische Wege zu weisen, können eines Tages eine schwerere Verantwortung zu tragen haben.

Im gegenwärtigen Augenblick sieht es beinahe so aus, als ob ihr Anschlag allidien sollte, so sehr hat sich der Sinn für die demokratische Gerechtigkeit umdüstert. Wir wohnen der Entwicklung einer Geistesverfassung bei, die wirklich nur mit der verglichen werden kann, die eine Weile lang zur Zeit der Dreyfus-Affäre in Frankreich herrschte. Wenn man jetzt vor fünfzehn Jahren davon sprach, daß der Angeklagte ein Rechtsichs genießen müsse, wenn man sich auf die Grundzüge des Gerichtsverfahrens berief, die von den Militärtribunalen ebenlogt wie von den Zivilrichtern geachtet werden müßten, hielten einem unsere Chauvinisten die Notwendigkeit militärischer Geheimnisse entgegen und beriefen sich auf die Notwendigkeit, eine Anlage wegen Landesverrats hinter verschlossenen Türen zu behandeln. Und die Gewalt ihrer Agitation war so stark, daß viele sich verwirren ließen und die Grundzüge preisgaben, die die persönliche Freiheit der Bürger gewährleisteten.

Ebenso hält heute, wenn wir gegen die dreijährige Dienstzeit oder gegen unnütze Militärausgaben die Schutzbestimmungen der Verfassung anrufen, kein einziger Verfassungsartikel stand, und es scheint keinen Grundsat der Konstitution mehr zu geben, für den man Beachtung erzwingen kann. Um den Ministerpräsidenten Barthou bildet ein kleiner Flügel der Radikalen mit den Chauvinisten der Rechten und mit den Gemäßigten der Mitte eine Mehrheit, die sich über alle Vorschriften der parlamentarischen Regierungsweise hinwegsetzt und durch ungesetzliche Maßnahmen das Vaterland zu retten glaubt.

So ging es zu, als neulich die Kammer berufen war, sich über die Zurückbehaltung des Jahrgangs, der im September entlassen werden müßte, bei der Fahne auszulassen. Nach den Bestimmungen des Artikels 33 des Militärgesetzes von 1905 darf der Kriegsminister den Jahrgang nur in außerordentlichen Fällen, das heißt angesichts einer starken militärischen Spannung, zurückbehalten. Jetzt aber versucht das Ministerium Barthou, unter Berufung auf diese Gesetzesvorschrift, sie nicht zu entlassen und sozusagen im voraus die dreijährige Dienstzeit praktisch durchzuführen.

Die Gesetzesvorschrift ist klar und zwingend! Die Debatte, zu der sie im Jahre 1905 Anlaß gab, beweist, daß irgend ein Mißverständnis nicht obwalten kann. Jaurès hat, indem er an einen Zusatzantrag des Herrn v. Montfort erinnerte, unwiderleglich nachgewiesen, daß 1905 eine Anzahl von Senatsmitgliedern der Regierung gewisse freien Sand lassen wollte, die dreijährige Dienstzeit durch einfachen Erlaß anzuordnen. Herr v. Montfort führte zum Beispiel aus, daß auch, abgesehen von diplomatischen Verwicklungen, die Regierung die Möglichkeit haben müsse, den Jahrgang zurückzubehalten, wenn er ungenügend ausgebildet sei. Aber der Zusatzantrag des Herrn Montfort ist abgelehnt worden. Das Parlament hat also die Zurückbehaltung des Jahrgangs nur in besonders schweren Ausnahmefällen starker Kriegsgefahr zulassen wollen. Wenn der Sinn für Gesetlichkeit wirklich

die gegenwärtige Kammer beherrscht hätte, hätte sie der Regierung zu verstehen geben müssen, daß sie eine so klare Gesetzesvorschrift nicht mißbrauchen, dem unzweideutigen Gesetzeswort nicht einen abgelehnten Zusatzantrag als Sinn unterchieben dürfte.

Dieselbe Erscheinung zeigte sich vor einigen Tagen in der Budgetkommission. Mit derselben Gleichgültigkeit ging man auch hier über die Grundrechte des Parlaments hinweg. Um die neuen Verfügungen auszuführen, die von der Kammer gebilligt worden sind, das heißt um den Jahrgang 1910, unter den Fahnen zurückzubehalten, braucht man Kasernen. Der Kriegsminister und der Finanzminister haben einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Kammer sie ermächtigen sollte, dafür Ausgaben im Betrag bis zu 440 Millionen Franken zu machen. Aber der Kriegsminister erschien nur in der Kommission, um sie nach seinen eigenen Worten davon zu unterrichten, daß er auf eigene Verantwortlichkeit hin und bevor das Parlament die erlangte Ermächtigung durch ein Gesetz gegeben hätte, mit den Ausgaben beginnen würde.

Die Sozialisten mochten zusammen mit einigen Radikalen vorgeschrittener Richtung noch so nachdrücklich darauf hinweisen, daß es ganz gefahrlos und verfassungswidrig sei, wenn ein Minister vom Parlament noch nicht bewilligte Ausgaben mache. Sie mochte noch so nachdrücklich auf den Wortlaut des andern Regierungsentwurfs hinweisen, der die Zustimmung der Kammer nachsucht. Kein Argument war stark genug, um die geschlossene Schar der Chauvinisten und einiger berirrter Radikaler zu besserer Einsicht zu bringen, die im Namen der nationalen Verteidigung eines der wichtigsten Grundgesetze der Verfassung beiseite schieben: das Recht der Kammer, die Ausgaben zu bewilligen.

Gewiß ist die Lage nicht verzweifelt. Im Lande regnen sich die sozialistischen Organisationen mit großer Energie und ohne die Bedeutung der Demonstrationen in der Kaserne übertreiben zu wollen, beweisen sie doch unzweifelhaft, daß die Zurückbehaltung des Jahrgangs bei der Fahne eine Anregung hervorgerufen hat, die sehr viele Bürger zum Nachdenken bringen und sie zwingen wird, sich zu fragen, ob die Mittel zur Verteidigung des Landes nicht verstärkt werden können, ohne dem Lande eine erdrückende Gut- und Blutsteuer aufzuerlegen.

Auch im Parlament wird der Widerstand rege und das Ministerium Barthou ist mehr oder minder ernst bedroht. Aber wenn wir wirklich die unter so viel Anstrengungen erreichten Erfolge behaupten wollen, die für die Demokratie erfolgten wurden, wenn wir wirklich das für alle Franzosen gleiche Gesetz von 1905 schützen wollen, müssen wir vor allen Dingen in den republikanischen Massen die Achtung vor dem Gesetz, den Geist der Gesetlichkeit zu neuem Leben erwecken.

Schachspiel

Mit der Erklärung des Zentrums, daß es seine Stellungnahme zur Wehrvorlage abhängig mache von der Entscheidung der Deckungsfrage, war die Haltung der Sozialdemokraten in der Budgetkommission von selbst gegeben. Es handelte sich in der Mittwochssitzung der Kommission um die Frage ob die zweite Lesung der Wehrvorlage sofort oder erst nach Erledigung der Deckungsvorlagen vorgenommen werden solle. Rechte und Zentrum forderten, daß die Deckungsfrage erst nach ihren Wünschen geregelt werden müsse, ehe die Wehrvorlage weiterberaten werden dürfe, und das Zentrum versetzte sich zu der ziemlich unerbittlichen Drohung, daß es die Militärvorlage ablehnen werde, wenn nicht nach seinem Programm verfahren werde. Die Sozialdemokraten entschieden durch ihre Stimmen, daß nicht nach dem Programm der Schwarzblauen verfahren wird, und gaben damit dem Zentrum Gelegenheit, seine Drohung mit der Ablehnung der Militärvorlage wahrzumachen.

Die Taktik des schwarzblauen Blocks predigen den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Die Deckungsfrage müsse von derselben Mehrheit gelöst werden, die die Militärvorlage bewilligt. Am Mittwoch hätten sie aber sehr gerne eine Mehrheit mit den Sozialdemokraten gebildet, um ihrem Geschäftsplan zur Annahme zu verhelfen, und offenbar hatten sie auch ihre ganze Hoffnung auf den sozialdemokratischen Zugang gestellt. Der Wunsch, die Verhandlungen über die Militärvorlage hinauszuziehen, würde, so dachten sie, die Sozialdemokraten dazu verleiten, ihnen die Brücke zu bauen, die zu ihrem Ziel, der Verständigung aller bürgerlichen Parteien über Militär- und Deckungsvorlagen führen würde.

Hätten aber die Schwarzblauen diese Verständigung aller bürgerlichen Parteien zustande gebracht, war der antisozialdemokratische Militärblock unter dem Druck der Zentrumsdrohungen zusammengeschwiegt, dann hätte man die völlig isolierte Sozialdemokratie mit Hurra niedergestimmt, alle Versuche sachlicher Beratung mit erdrückender Mehrheit erdrückt und das Kompromißwerk, möchte es so jämmerlich sein, wie es wollte, im Sandumdrehen angenommen.

Der Plan der Schwarzblauen ist zunächst mißglückt. Die Sozialdemokraten haben sich damit einverstanden erklärt, daß in der Beratung der Wehrvorlage fortgefahren wird, noch ehe das angestrebte schwarzblau-liberale Kompromiß fertig geworden ist, und die Aussichten auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Vorlage sind dadurch zum mindesten nicht geringer geworden. Vor allem aber ist verhindert, daß die Steuergesetze nach dem Diktat der Rechten gemacht werden müssen und damit haben sich die Aussichten verbessert für eine Lösung der Finanzfrage, die den Interessen der großen Massen entspricht.

Der wahrscheinliche Gang der Dinge ist nun der, daß zunächst eine Entscheidung über die Militärvorlage herbeigeführt wird. Nach seiner in der Kommission abgegebenen Erklärung ist das Zentrum dann verpflichtet, gegen die Vorlage zu stimmen. Dieser immerhin mögliche Fall wäre sicher die beste, die der Sozialdemokratie am meisten erwünschte Lösung, denn die Militärvorlage wäre damit gefallen! Nun spricht allerdings wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Zentrum sein Wort halten wird: vorausichtlich wird es entgegen seinen feierlichen Erklärungen die Militärvorlage auch dann bewilligen, wenn über die Art ihrer Dedung noch nicht entschieden ist. Kommt es aber soweit und sind die neuen ungeheueren Ausgaben gegen den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie beschloßen, dann kann die Sozialdemokratie nach Kräften dafür sorgen, daß die Kosten der Vorlage auch den wirklich Leistungsfähigen aufgebürdet werden.

Den schwarzen Expresfern ist damit der Revolver aus der Hand geschlagen. Sie sehen sich nun selbst in eine außerordentlich schwierige Situation versezt, aus der sie sich zu retten versuchen, indem sie über die Steuerfrage mit den Nationalliberalen auf Tod und Leben verhandeln. Die Nationalliberalen können hinwiederum keinen Steuerpakt mit den Schwarzblauen eingehen, ohne ihre ganze bisherige Finanzpolitik aufzugeben und schwere Wirren in der eigenen Partei hervorzurufen. Denn für eine allgemeine Besitzsteuer sind die Herren von rechts und von der Mitte nicht zu haben: beide sind sie gegen die Erbschaftsteuer, für die Vermögenssteuer wäre das Zentrum allenfalls zu haben, die wird aber von der Rechten und von den verbündeten Regierungen um so entschieden abgelehnt.

Ein Umfall der Nationalliberalen ist in solchen Situationen an sich das Gegebene, das von vornherein Wahrscheinliche. Aber er wird kaum früher erfolgen, als er der Regierung erwünscht ist. Kann nun aber die Regierung den Umfall der Nationalliberalen wollen? Sie begibt sich damit selber in die Macht der Schwarzblauen und muß ihr Steuergebräu ohne Widerspruch hinunter schlucken. Dazu scheint sie nach den Erklärungen, die der Reichschachspielretär am Mittwoch abgegeben hat, einwilligen noch nicht entschlossen zu sein. Das von den Konservativen geforderte Versprechen, sie werde die Deckungsvorlagen nur aus der Hand des Militärblocks entgegennehmen, hat sie vorsichtigerweise und zum größten Aerger des Grafen Westarp nicht abgegeben. Ergebnis: Die zweite Lesung der Militärvorlage wird vorgezogen; aber die Junfer sind während, das Zentrum ist in schwerer Verlegenheit, die Verwirrung ist größer als je zuvor, und die Beratungen werden für eine volle Woche ausgefegt.

Erst am 10. Juni wird das Plenum des Reichstags die zweite Lesung der Militärvorlage beginnen. Wären die Sozialdemokraten in der Kommission auf den schwarzblauen Leim getreten, dann hätte es schwerlich solange gedauert. Die Pause wird natürlich mit Verhandlungen über die Deckungsfrage ausgefüllt werden, aber diese Verhandlungen werden jetzt völlig unverbindlich sein und nicht, wie die Schwarzblauen wollten, offiziell.

Die Sozialdemokraten haben durch ihr taktisches Verhalten in einem sehr komplizierten Schachspiel die Verwirrung unter den bürgerlichen Parteien gesteigert, die Aussichten der Militärvorlage verschlechtert, die Aussichten einer zweckmäßigen Lösung der Deckungsfrage verbessert und — Zeit gewonnen! Daß sie durch ihre grundsätzliche Stellung zur Militärvorlage von den Liberalen ebenso abgrundtief geschieden sind, wie von den Schwarzblauen, versteht sich von selbst. In allen wechselnd verwickelten taktischen Situationen bleibt ihr Ziel dasselbe: die Militärvorlage zu Fall zu bringen, wenn es geht; wenn dies aber nicht möglich sein sollte, wenigstens dafür zu sorgen, daß der Schaden von denen, die ihn angerichtet haben, auch richtig und bis auf den letzten Pfennig bezahlt wird!

Marokkanische Erinnerungen.

Die „Grenzboten“ veröffentlichten Briefe, die der verstorbene Kiderlen-Wächter zur Zeit der Marokkokrisis an einen Freund gerichtet hat. Es geht aus ihnen hervor, daß der Staatssekretär des Auswärtigen niemals an eine Festsetzung in Nordwest-Afrika dachte und mit dem „Panther“ nur bluffen wollte. In dem ersten Schreiben, datiert Berlin, den 8. Mai 1911, also etwa sieben Wochen vor der Entsendung des „Panther“ nach Agadir, findet sich folgende Stelle:

der Reichstag gönnt mir offenbar den Urlaub nicht, während sie hier schweben! Heute fragten sie bei mir an, ob nicht eine Interpellation über Marokko den deutschen Interessen nützlich sein und unsere Politik fördern könne. Du kannst Dir denken, daß ich deutlich abgewunken habe! Ich sehe die marokkanische Sache mit Ruhe heranziehen; den Franzosen ist dabei sehr unheimlich zumute und je mehr wir uns ausschweigen, desto unheimlicher wird es ihnen. Da wäre es doch töricht, jetzt zu sagen, daß wir wegen Marokko nicht vom Leber ziehen oder, wie wir es bisher taten, uns in Drehungen zu ergeben, die wir nachher doch nicht ausführen! Sie werden schon ohne unser Zutun ein Paar in der marokkanischen Suppe finden!

In einem Brief, Berlin, den 18. Juli 1911, also nach Agadir, heißt es:

... es geht ziemlich lebhaft zu. Ich bekomme Stöße von anonymen oder von Unbekannten unterschriebenen Karten und Briefen mit Zustimmung zu Agadir. Diese amüsieren mich ebenso wie die begeisterten Zeitungsartikel — nachher wird das Lamento und Geschimpfe um so größer sein. Ich freue mich schon darauf! Denn das fällt mir doch nicht ein, Süd-Marokko zu besetzen, wo wir außer den Franzosen auch noch die Engländer auf dem Hals hätten und wo wir ständig eine ansehnliche Truppenmacht unterhalten müßten. Da heißt es immer, die Marokkaner empfangen uns mit offenen Armen. Ja, jetzt, wo wir ihnen als Papanz gegen die Franzosen dienen; aber das wäre gleich anders, wenn wir das Land für uns besetzen wollten, dann hätten wir die gleichen Schwierigkeiten wie die Franzosen und größere, denn wir sind weiter ab und die Berber im Süden sind viel streitbarer, als die Araber im Norden.

Das sind an sich sehr vernünftige Erwägungen gewesen. Aber der „Coup von Agadir“ erscheint nach diesen Briefen in keinem günstigeren Lichte. Wir dachten nicht daran, ein Stück von Marokko zu besetzen und nichtsdestoweniger wagten wir ein Spiel, das um ein Paar zu einem verhängnisvollen Kriege geführt hätte und jedenfalls unsere Beziehungen zu Frankreich aufs neue verbitterte. Und das alles um des mehr als zweifelhaften Gewinnes in Kamerun willen?

3,8 Millionen Mark Mitgliedsbeiträge im Kohlsyndikat!

Stolz bringt das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat seinen Jahresbericht für 1912 heraus: 177 Millionen Tonnen Kohlen wurden von den ihm angeschlossenen Gruben gefördert. Das sind zehn Millionen Tonnen mehr als im Jahre 1911. In ungeheuerlichem Tempo schreitet die deutsche Kohlenproduktion und ihr Hauptabnehmer, die Hochofenindustrie, immer größeren und noch gewaltigeren Rekordziffern zu. Seit 1900 ist es in dem in der kleinen Tabelle nachgezeichneten Tempo vorwärtsgewandert.

Förderung des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats in Millionen Tonnen:

1900:	109,29	1907:	143,16
1901:	108,23	1908:	147,67
1902:	107,47	1909:	148,78
1903:	116,63	1910:	152,82
1904:	120,81	1911:	160,74
1905:	121,29	1912:	177,09
1906:	137,11		

Dort unten, wo die Grubenteufel tagaus tagein ammer rascherem Tempo schwarze Diamanten losprengen und loschlagen, ist der Sturm der wechselnden Konjunktur kaum hingedrungen. Der Aufstieg in der Gesamtproduktion hat sich in wirtschaftlich schwächeren Jahren nur etwas verlangsamt, das Verlangen nach Höchstleistungen bei den einzelnen Arbeitern stieg in derlei Perioden bis ins Unerträgliche. Oben, im Licht, da sammelten sich die Dividenden der großen Kohlengruben. Sie zahlte so gut wie alle jedes Jahr hohe Verzinsungen, trotzdem sie allein im Jahre 1912 bald vier Millionen Mark an Beiträgen an das Kohlsyndikat dafür zahlen mußten, daß

dies ihnen den Absatz höherer und die ausländische Konkurrenz möglichst in deren Mutterlande durch Spottpreise zurückschlug. Deswegen liegt auch die Ausfuhr deutscher Kohlen nach dem Auslande von Jahr zu Jahr geradezu sprunghaft. Das Kohlsyndikat verkaufte im Jahre 1900 rund 15 Millionen Tonnen Kohlen nach dem Auslande, 1912 sind es schon 40,6 Millionen Tonnen geworden! Das bedeutet gegenüber 1911 eine Steigerung von rund 16 Millionen Tonnen!

So schafft sich der Großkapitalismus seine Profiteure.

Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Im Reichsanzeiger vom 28. Mai wird das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer veröffentlicht. Es hat nachstehenden Wortlaut:

§ 1. Die Beihilfen für unterfühlungsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzug von 1870/71 und aus den von den deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen — Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, vom 22. Mai 1896, Reichsgesetzblatt S. 287, Art. 13, III und IV und Gesetz, betreffend die Entlassung des Reichsinvalidenfonds, vom 9. Juni 1906, § 2 — werden auf den Betrag von 150 Mk. jährlich erhöht.

§ 2. Den Witwen der Kriegsteilnehmer werden die Bezüge der Verstorbenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate befristet. Die Zahlung erfolgt im Voraus in einer Summe.

§ 3. Die Beihilfen werden bei vorliegender, nicht nur auf vorübergehender Ursache beruhender Unterfühlungsbedürftigkeit unabhängig von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit gewährt. Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage sind Zuwendungen Dritter nur insoweit zu berücksichtigen, als sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen. Bei Feststellung der Fürsorgebedürftigkeit hat das politische Verhalten der Kriegsteilnehmer außer Betracht zu bleiben.

§ 4. Anwartschaft auf Bewilligung der Beihilfen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen auch diejenigen Reichsangehörigen, die infolge ihrer früheren Staatsangehörigkeit in französischen Diensten in oder vor den Jahren 1870/71 an kriegerischen Unternehmungen teilgenommen oder in ähnlichen Diensten die Kriege von 1848/1850 oder 1864 mitgemacht haben. Gleichartige Zuwendungen anderer Staaten kommen auf die gesetzlichen Bezüge in Anrechnung.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1913 in Kraft.

Deutsche Politik.

Der Reichsbeitrag der Landesfürsten. Der Geheimkriegsrat Dr. Romen unternimmt es, im „Tag“ nachzuweisen, daß die Landesfürsten nicht verpflichtet sind, dem Reiche Steuern zu leisten. Herr Romen meint es, alles zu beweisen, was man in oberen Kreisen wünscht und gerade weil seine Fertigkeit auf diesem Gebiete bekannt ist, hätte man sich, seinem Urteil Vorsehung beizulegen. Die Vertreter der veränderten Regierungen haben sich im Reichstag mit vollem Vorbedacht stets gehütet, sich etwa auf die „Autorität“ des Geheimrats Romen zu berufen. Einmal ein simpler Senatskanzler, den in weiteren Kreisen kein Mensch kannte, wählte er damit die Öffentlichkeit auf seine Person aufmerksam zu machen, daß er die Anhänger der Sozialdemokratie des Reichstags bezichtigte. Damit war seine Karriere gegeben und in raschem Aufstieg brachte er es zu der Würde eines Wirklichen Geheimen Kriegsrats. Mit dieser Würde ist aber die Demission seiner Argumentationen nicht gestiegen. Was er jetzt wieder einmal „beweist“, das ist von der Regierung bereits in einem früheren Fall selbst preisgegeben worden. Die Reichsverfassung sagt mit keiner Silbe, daß die Landesfürsten von den Reichsteuern befreit sind. Praktisch war das auch gar nicht möglich gewesen, solange das Reich neben der Militärsteuer beiträge keine Einnahmen ausschließlich aus Zöllen und indirekten Steuern bezog. Anders war es, als die Verbrauchssteuer eingeführt wurde. In dieses Gesetz schrieb die Regierung den hart bekämpften Satz hinein: „Der Landesfürst und die Landesfürstin sind von dieser Steuer ausgenommen“. Es wäre sinnlos gewesen, das im Gesetz zu sagen, wenn die Steuerfreiheit der Fürsten auch für das Reich eo ipso feststand. Herr Romen hatte sicher selbst die Empfindung, mit seiner eigenen Autorität nicht durchzubringen, deshalb sah er sich nach einer anderen Autorität um, die ihm als Stütze dienen sollte und er fand sie

in dem — Grafen Westarp! Ueber die Bedeutung dieser Autorität ist nichts zu sagen, die reaktionären Ansichten dieses konterrevolutionären Führers sind genügend bekannt. Die Steuerfreiheit der Fürsten in den Bundesstaaten ist ein veraltetes Vorrecht, das die den Bundesfürsten als Landesherren gleichstehenden Senatoren der freien Städte z. B. niemals befehen haben, die Steuerfreiheit dieser Bundesfürsten aber auch für das Reich konstituieren zu wollen, ist ein Unterfangen, das direkt einen Verstoß gegen die Verfassung bedeutet. Die Auftraggeber des Herrn Romen mögen ruhig den Versuch machen, die Bundesfürsten vom Beitragsbeitrag zu befreien — zum Schaden der Sozialdemokratie wird es nicht wirken.

Wahlterrorismus der Kriegervereine. In Grafenbainichen (Prov. Sachsen), wo die Konservativen die dritte Klasse bei der Landtagswahl an die Sozialdemokratie verloren, haben die Patrioten einen Nachfeldzug eröffnet. Mitgliedern des Kriegervereins, der „natürlich ganz unpolitisch“ ist, wurde vom Vorsitzenden folgendes Schreiben zugestellt:

„Wir wurde in Erfahrung gebracht, daß Sie bei der letzten Wahl Ihre Stimme der Sozialdemokratie gegeben haben, was den Satzungen des Kriegervereinswesens wohl nicht entspricht.“

Wir bitten um Ihre Erklärung, wenn es nicht der Fall sein sollte, innerhalb 3 Tagen, aber sollte es doch der Fall sein, wir Sie als ausgeschlossen vom Verein betrachten müssen von heute ab.“

Dieses Schriftstück liefert wiederum den Beweis, daß die Kriegervereine sich politisch betätigen. Dabei kommt es ihnen auch auf ein größeres Quantum Terrorismus nicht an.

Bayern und das Reichs-Unterstützungswohnungsgesetz. Der Entwurf zur Einführung des Gesetzes über den Unterfühlungswohnsitz im Königreich Bayern ist dem Reichstag zugangan. Er bestimmt, daß das Gesetz über den Unterfühlungswohnsitz vom 30. Mai 1906 auch in Bayern eingeführt wird. Die Gesetzgebung des Reiches im Verhältnis zum Königreich Bayern erstreckt sich nicht auf die Heimat- und Niederlassungsverhältnisse. Eine Folge dieses Sonderrechts ist, daß das Unterfühlungswohnsitzgesetz sich nicht auf Bayern erstreckt und daß seit 1870 über Heimat, Berechtigung und Aufenthalt die alten Landesgesetze in Kraft geblieben sind. Nimmere hat Bayern den Antrag gestellt, das Unterfühlungswohnsitzgesetz auch auf Bayern auszudehnen, wie es seinerzeit auch für Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen geschehen war. Bayern hat sich trotzdem einige Reservatrechte vorbehalten, so soll die Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen Armenverbänden über die öffentliche Unterfühlung Hilfsbedürftiger, wenn die streitenden Teile Bayern angehören, in letzter Instanz dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof übertragen werden.

Keine Wahlrechtsreform in Preußen. Nach einer Meldung der freikonservativen „Post“ wird der neuwahlsche Landtag zum Donnerstag den 12. Juni zusammengerufen, um die notwendigen Wahlen vorzunehmen und um über die Teilnahme an dem Regierungsjubiläum des Kaisers zu beschließen.

Dann bemerkt die „Post“:

„In der Presse war die Nachricht verbreitet worden, daß in der zu erwartenden Thronrede bei Eröffnung des Landtags auf die Wahlrechtsreform Bezug genommen und die Vorlegung eines neuen Entwurfs für das preussische Wahlrecht in Aussicht gestellt werden würde. Dies dürfte nicht zutreffen. Zurzeit sind Vorbereitungen für die Aufstellung eines derartigen Entwurfs jedenfalls nicht im Gange und ebenso sind Beschüsse, ob und wann eine Wahlrechtsreform an den Landtag gelangen soll, noch nicht gefaßt. Es ist demnach, wie uns von unterrichteter Seite ausdrücklich bestätigt wird, ausgeschlossen, daß die Thronrede, mit der der neue Landtag eröffnet wird, einen derartigen Hinweis enthalten wird.“

Die Sozialdemokratie hat sich in dieser Beziehung keinen Hoffnungen hingeegeben. Sie ist überzeugt, daß es noch eines stärkeren Druckes von unten bedarf, ehe die Gemahlhaber und das Junkerparlament sich entschließen werden, Reformen zuzustimmen.

Badische Politik.

Das Zentrum gegen den Proporz.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Zentrum in der Frage der Einführung der Proportionalwahl für das ganze Land nichts weniger als zuverlässig ist, ja daß damit gerechnet werden kann, daß wenn das Zentrum bei den nächsten Landtagswahlen Erfolge erzielt, es der Einführung der Proportionalwahl für den Landtag hindernd in den Weg treten wird. Diese unsere Auffassung findet ihre Bestätigung in einem aus

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

10

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Unweit der Stadt lag das Stablflement „Waldeslust“. Wenn das heitere Leben des Sommers erwachte, wenn kleine, muntere Segelbote die blaue Ducht belebten, wenn dann und wann — wie fremde stolze Gäste — elegante Vergnügungsjachten im Hafen erschienen, um bald darauf in die dänischen Gewässer weiterzufahren, wenn alte Leute, die man sich sozusagen nicht mehr bemerken konnte, in ehrbarem Sonntagsputz durch die besonnten Straßen folgerten, dann erwachte auch in „Waldeslust“ ein reges Treiben und Summen. Die ältere Generation, die sich vor langen Spaziergängen und Dampferpartien schonte, wählte am Sonntag kaum je einen andern Ausflugsort. In dem schattigen Garten sah es sich überaus behaglich und da man unmittelbar am Rand des Waldes war, konnte man auch einen kleinen Gang in den Wald machen, ohne seine Kräfte anstrengen zu müssen. Auch die jüngeren Leute kamen her. Der Wirt war ein smarter Geschäftsmann, der seinem Lokal eine Reihe von besondern Vorzügen zu erhalten wußte. Die Damen des Städtchens waren längst übereingekommen, daß man einen feinen und würzigen Kaffee nur in „Waldeslust“ erhalten könne. Der Kaffee war aber schließlich überall gut und genießbar; schlimmer war es schon, daß in den mehr ländlichen Ausflugsorten das Bier allzu lange hatte stehen müssen und allzu schlecht behandelt war. Nirgends perlte aus dem Faße ein so frischer und kühler Tropfen, wie auf „Waldeslust“, und wenn die Nähe der Stadt ihre Schattenseiten hatte, so hatte sie doch auch ihr Gutes. Der Wirt hatte es leicht, seine Küche in vortrefflichem Zustande zu erhalten und er nutzte diese Chance mit anerkannter Meisterhaftigkeit aus. Eine reichbesetzte Abendtisch auf „Waldeslust“ war ein so delikater Gedanke, daß die besseren und verständnisvollen Junggesellen sofort mit der Bunge zu

schmalen begannen. Auch sonst wurde den Gästen mancherlei geboten. In milden Sommerabenden wurden sogenannte „Italienische Nächte“ arrangiert — Gartenfeste, bei denen der ganze Garten durch bunte Lampions erhellt war; am Nachmittag konzertierte gelegentlich eine recht feistspielige Militärkapelle, kurz „Waldeslust“ blieb ein Ort, der von seiner Konkurrenz mattgesetzt werden konnte. Als nun der Ruf von Dagmars Jugend und Schönheit das Städtchen immer stärker bewegte, kam dem Besitzer des Lokals ein genialer geschäftlicher Gedanke. Wenn er Dagmar gewinnen könnte, hätte er dann nicht einen Magneten, dem etwas anderes überhaupt nicht an die Seite gesetzt werden konnte? Natürlich würde sie eine Stellung als gewöhnliche Schankmamsell nicht annehmen wollen, aber gewöhnliche Schankmamsells hatte er mehr als genug. Es mußte etwas Apartes sein und so würde sich eine aparte Stellung schon finden lassen. Ohne Zweifel war sie in Kiel verhöhnt, der Gedanke aber, sie ebenfalls zu verhöhnen, hatte für ihn durchaus keine abschreckende Kraft. Daß man einen so raren Vogel nicht wie die andern Tranvellierte behandeln durfte, war ohne weiteres selbstverständlich. In bezug auf den Lohn hatte er nun aber gar keine Furcht. Was sie immer verlangen konnte, war sie geschäftlich in reichem Maße wert. Eine Stellung würde sie in der Waterstadt ja schließlich doch annehmen müssen und an Solidität und Bornetheit konnte sich mit seinem Unternehmen überhaupt kein anderes messen. Also warum sollte man den Coup nicht wagen? Wenn ihr die Sache nicht gut genug war, sagt sie eben nein. Dann war zwar nichts gewonnen, aber ebenjenseitig etwas verloren. Es mußte unter allen Umständen begonnen werden, und zwar sofort, wenn für den Rest des Sommers noch etwas dabei herausbringen sollte. Und damit setzte er sich auch gleich an den Schreibtisch.

Zwei Tage, nachdem Dagmar sich über Arels höflichen Gruß gefreut hatte, erhielt sie den Brief von „Waldeslust“. Sie ahnte sofort, um was es sich wohl handeln könnte, steckte ihr Kieler Zeugnis ein und ging am Nachmittag hinaus. Der Wirt sprang erfreut von seinem Stuhl

in die Höhe und kam ihr mit großer Liebenswürdigkeit entgegen. In kurzen Worten nannte er ihr den Plan und fragte, was sie dazu meinte. Dagmar zögerte ein wenig. „Ja, sehen Sie“, meinte sie dann, „es ist für mich ja nicht so leicht, von Kiel loszukommen. Der Weg führt dort unten schreibe mir in jeder Woche zwei oder drei Briefe.“

Das begriff der Wirt als Geschäftsmann ausgezeichnet. „Und das schlimmste ist ja, daß ich diesen Leuten zu Dank verpflichtet bin. Sie haben mich wie ein Kind im Hause behandelt und als Kind im Hause kann man doch nicht so ohne weiteres wegbleiben.“

Der Wirt fand diese Redung zwar schön, aber überflüssig.

„Mein liebes Fräulein“, begann er mit wohlüberlegtem Ernst, „ein jeder ist sich selbst der Nächste. Warum hat der Mann Ihnen das alles zukommen lassen? Weil Sie geschäftlich so viel wert waren. Wenn Sie in Ihrer Vaterstadt bleiben wollen, brauchen Sie auf den Kieler nicht die allgeringste Rücksicht zu nehmen.“

Dagmar erkannte den Standpunkt als berechtigt an, aber so ganz konnte sie sich von ihrer Dankbarkeit doch nicht befreien. Der Wirt begann eifrig zu werden.

„Aber ich bitte Sie, liebes, verehrtes Fräulein! Daß Sie an den Leuten hängen, ist ja gar nicht genug zu sagen, aber damit kommt man nicht durch die Welt. Dort unten kennt Sie niemand. Wenn Sie hier etwas erreichen, dann haben Sie auch Ihre Freude daran. Und wenn Sie es dort unten gut gehabt haben, so sollen Sie es bei mir nicht anders haben. Was ist denn hier zu tun? Die Gaußhache ist der Sonntag. In der Woche wird sich freie Zeit genug finden lassen. Nur wenn Abendgesellschaften da sind, müssen wir natürlich beide dabei sein.“

„Selbstverständlich“, sagte Dagmar, „und um was für eine Stellung handelt es sich nun?“

Der Wirt hätte am liebsten geantwortet: „Nennen Sie die Stellung, wie Sie wollen, wenn ich Sie nur hier in meinem Zimmern habe“ — aber so offenerzig getraute er sich natürlich nicht zu sein.

Baden
Der Art...
„Mannhei...
aufgefö...
durch ein...
rungg d...
Zm Ansch...
In
shy ste m...
übersehen...
ist, es
tor
Verhältnis...
men. B...
zung un...
die Zw...
Zweid...
Zusamm...
mühen...
mitbese...
und Net...
gierung...
ten sich...
vermäge...
man es...
man es...
einer G...
Niederla...
Das is...
wegierung...
Proportio...
enthalten...
gegen e...
zu votiere...
in einer...
die doppe...
dieser Sch...
proportional...
haben wir

Man
haben sän...
auf zu ad...
zierübung...
mittags 4...
Soldat u...
und einen...
werden d...
me n geg...
Gewehr u...
Zeit bis...
der Tages...
Leute in...
Landstr...
miffen, i...
eines bad...
größtente...
alten Sol...
mehr 88...
einen 1...
Warum...
Bendarme...
dafür fel...
Portep...
korps, d...
unterstell...
Sat de...
Gendarme...
Unterzie...
Baden?

Auf I...
w a l t s k...
R e c h t s...
um etwa

Er hol...
langen u...
„Ja, s...
Inftanz...
ganzen W...
Nicht, d...
sollen. D...
nug (Da...
führen u...
fallen em...
„Das...
in Kiel...
„Nun...
reden wir...
haben, ja...
ich Ihnen...
„Dann...
mar und...
„Gallo...
in einen...
sam er v...
mars jun...
ihre Lode...
Nach...
erzählte...
Fisch er...
Robredner...
nicht meh...

hau...
No...
Das a...
chen Diet...
scheint de...
Naturhik...
müßig in...
fiend. L...

Baden datierten Artikel der „Köln. Volksztg.“. Der Artikel spricht von der bekannten Zustift an den „Mannheimer Generalanzeiger“, in der der Landesfürst aufgefordert wurde, der parteipolitischen Not des Landes durch eine hochherzige Entschickung, die Einführung der Verhältniswahl, ein Ende zu bereiten. Zum Anschluß daran bemerkt der Verfasser:

In ihrem Schreien nach dem Verhältniswahlsystem als dem vermeintlichen Rettungsmittel in ihrer Not übersehen sie ganz, daß die Regierung gar nicht in der Lage ist, es ihnen bieten zu können, ohne daß andere Faktoren sich damit einverstanden erklären. Das System der Verhältniswahlen kann nur durch ein Verfassungsgesetz kommen. Zu dessen Zustandekommen müssen nicht bloß Regierung und Großherzog ihre Zustimmung geben, sondern auch die Zweite und die Erste Kammer mit mindestens Zweidrittel ihrer abstimmanden Mitglieder. Nach der Zusammensetzung dieser parlamentarischen Körperschaften müßten auch diejenigen, wenigstens in einer gewissen Zahl, mithelfen, gegen welche das Verhältniswahlsystem als Schutz- und Rettungsmittel eingeführt werden soll. Sollte die Regierung es als zweifelhaft ansehen, ob die Parteien der Rechten sich für ein Wahlsystem begeistern, welches ausgesprochenenmaßen als Kampfswaffe gegen sie dienen soll, so wird man es ihr nicht übernehmen können. Ebenso wenig wird man es ihr verargen können, wenn sie Bedenken trägt, mit einer Gesetzesvorlage der Gefahr einer parlamentarischen Niederlage sich auszusetzen.

Das ist eine ganz unzweideutige Aufforderung an die Regierung, einen Gesetzentwurf wegen Einführung der Proportionalwahl nicht vorzulegen. Diese Aufforderung enthält zugleich eine indirekte Drohung des Zentrums, gegen einen eventuellen diesbezüglichen Gesetzesentwurf zu votieren. Diese zwieschlächtige Haltung des Zentrums in einer so wichtigen Frage der Volksrechte ist typisch für die doppelzüngige Politik des Zentrums. Wir sind von dieser Schwärmerei des Zentrums in der Frage der Proportionalwahl nicht im mindesten überrascht, denn damit haben wir immer gerechnet.

Mehr Rücksicht auf die Gendarmen.

Man schreibt uns: Bei eintretender großer Hitze haben sämtliche Truppenführer auf höhere Weisung darauf zu achten, daß außer der Felddienstübung keine Exerzierübungen in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr abgehalten werden. Dies mit Recht! Wer Soldat war, weiß, was es heißt, einen Helm, ein Gewehr und einen Waffenrock bei großer Hitze zu tragen. Leider werden den ältesten Soldaten, unseren Gendarmen gegenüber keine solchen Rücksichten genommen. Mit Gewehr und Waffenrock müssen sie in der vorgeschriebenen Zeit bis zu 40 und 50 Kilometer pro Tag ohne Unterschied der Tageszeit zurücklegen. Wenn man bedenkt, daß dabei Leute in den 40er Jahren sind, die auf den staubigen Landstraßen mit Gewehr solche Wegstrecken zurücklegen müssen, kann man sich ein Bild machen von dem Dienst eines badischen Gendarmen. Warum man, da es sich doch größtenteils um Portepeeträger handelt, diesen alten Soldaten nicht gestattet, statt des unmodernen Gewehrs 88 (die Truppe hat schon längst das Gewehr 98) einen Revolver zu tragen, ist nicht begründlich.

Warum ein Patrouillengang von einem badischen Gendarmen nur mit Gewehr ausgeführt werden kann, dafür fehlt jede Begründung. Die Armee kennt für Portepeeträger kein Gewehr, im badischen Gendarmenkorps, das doch auch dem preussischen Kriegsministerium unterstellt ist, macht man eine Ausnahme.

Hat der Fall Kaupp in Rehl nicht gelehrt, daß auch Gendarmen menschlich zu behandeln sind? Warum den Unterschied zwischen Gendarm und Wachtmeister in Baden?

Ein überfüllter Beruf.

Auf der Jahresversammlung der Badischen Anwaltskammer wurde festgestellt, daß die Zahl der Rechtsanwälte in Baden sich in den letzten Jahren um etwa 100 Proz. vermehrt hat. Sie betrug zu Anfang

1913 464 gegen 439 am 1. Januar 1912. Angehts der Ueberfüllung im Anwaltsberuf hat sich die Kammer gegen die Zulassung außerbadischer Staatsangehöriger zur Rechtsanwaltspraxis in Baden ausgesprochen und darauf hat das Justizministerium bisher derartige Zulassungsgesuche abgelehnt, da badische Juristen in anderen deutschen Ländern ebenfalls nicht zugelassen würden. In dieser Praxis wird voraussichtlich solange festgehalten werden, als nicht eine einheitliche juristische Prüfungsordnung in Deutschland zur Einführung kommt.

Der „Verband der Vereine mittlerer badischer Staatsbeamten“

mit einer Mitgliederzahl von über 5000 hält Sonntag, 8. Juni, seine diesjährige Mitgliederversammlung in hiesiger Stadt ab. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung ein Referat des Verbandsvorsitzenden, Obertribunalratmann Karlruhe, über die „Petitionen der mittleren Staatsbeamten vor dem letzten Landtag“ und „Inwiefern entsprechen die Anträge des Verbands auf a) Einführung des Dienstalterssystems, b) möglichst frühzeitiges und gleichmäßiges Einrücken in die ersten etatmäßigen Stellen und die Beförderungstellen, den Wünschen der mittleren Staatsbeamten?“. Bei den äußerst schlechten Anstellungsverhältnissen der gesamten, im Verband zusammengeschlossenen Beamenschaft ist auf eine zahlreiche Beteiligung aus dem ganzen Lande zu rechnen.

Die diesjährige Delegiertenversammlung des Verbandes badischer Lokomotivführer

und deren Anwärter findet am 13. und 14. Juni hier statt. Eine sehr reichhaltige und wichtige Tagesordnung zeigt, welche tiefgehende Mißstimmung zurzeit in den Reihen der Lokomotivbeamten Platz gegriffen hat. Die dem verfloffenen Landtage eingereichte ausführliche Denkschrift hat den Nachweis erbracht, daß wohl keine Beamtenkategorie bei der Regelung des Gehaltsstufens so tiefmütterlich behandelt und zum Teil eine solche direkte Zurücksetzung erfahren hat, wie die Lokomotivbeamten. Die Herren Abgeordneten haben der Petition eine gründliche und wohlwollende Prüfung zuteil werden lassen und durch verschiedene Anträge die Regierung ersucht, insbesondere in der Frage der Dienst- und Ruhezeiten, sowie der Regelung der Fahrgeldühren, eine Besserung eintreten zu lassen; aber leider haben die Lokomotivführer bis heute noch nichts davon verspürt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Im Reichstagswahlkreis Schwarzbürg-Sondershausen hat sich die Mitgliederzahl unserer Parteiorganisation um 148 vermehrt, sie beträgt jetzt 1966 (186 weibliche Mitglieder). Am Sonntag wurde in Arnstadt eine Kreisgeneralversammlung abgehalten. Aus dem Bericht des Kreisvorsitzenden ist noch zu entnehmen, daß die Partei im Landtag durch einen Abgeordneten, in 4 Städten durch 18 und in 12 Landgemeinden durch 24 kommunale Abgeordnete vertreten ist. — Anschließend an den Bericht über die Tätigkeit des Gen. Würwinfel im Landtag wurde eine Resolution angenommen, in der dem einzigen sozialdemokratischen Vertreter der Dank ausgesprochen und gleichzeitig dagegen protestiert wird, daß seine Tätigkeit von gegnerischer Seite als gegen die „Würde des Hauses“ verstößend bezeichnet wurde. — Für die seit Neujahr erscheinende „Volkszeitung“ (Kopfbild der „Erzarter Tribune“) wurde durch einstimmigen Beschluß der Abonnementspreis pro Monat von 60 auf 70 Pf. erhöht. Kreisort Diebitz Amtort.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Halle-Saalkreis wurde am Sonntag abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug 1961. Im April erfolgte die Anstellung eines weiteren Sekretärs. Die Landtagswahl brachte einen Zuwachs von 3000 Stimmen. Es wurden 10 121 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, und 212 Wahlmänner wurden erobert. Die Beteiligung an der Abgeordnetenwahl wurde aber wegen Ausichtslosigkeit abgelehnt. Gegen leitende Genossen, die sich an der Wahl nicht beteiligen lassen, soll vorgegangen werden. Weiter wurde beschlossen, die Einführung der täglichen Unterhaltungsbezüge beim Hallschen „Volksblatt“ vorzubereiten. Auch soll im laufenden Jahre wieder eine Konferenz der Gemeindeglieder im Kreise abgehalten werden. Die Parteibewegung in dem Junkerelbortade Pommer

geht langsam, aber sicher vorwärts. Der Stettiner Parteiverein ist der einzige in der Provinz, der den Wochenbeitrag von 10 Pf. für Männer und 5 Pf. für Frauen eingeführt hat. Die Zahl der Mitglieder ist auch im verfloffenen Geschäftsjahre gestiegen. Es wurden 477 Mitglieder gewonnen, jedoch sich nunmehr die Gesamtzahl auf 3181 beläuft. Von diesen sind 578 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Parteiblatteinführer ist nicht in gleichem Maße gestiegen, wie es hätte geschehen müssen. Die verfloffenen Stadtverordnetenwahlen brachten eine Stimmzahl von 11 693 und einen Gewinn von drei Mandaten. Zur Zeit sind 16 Genossen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Im Parteiverein Radow-Griffenhagen bestanden am 31. März 27 selbständige Abteilungen, die über einen Mitgliederbestand von 4468 verfügten. Weibliche Mitglieder waren am Schlusse des Geschäftsjahres 897 vorhanden. Das Parteiblatt, der „Volksbote“, wird in diesem Kreise in 4950 Exemplaren gelesen.

Der Wahlkreis Uckermark hatte am 31. März eine Mitgliederzahl von insgesamt 1068. Hier von waren 107 weibliche Personen. Die Zahl der Volksboten-Abonnenten beträgt 577. Sozialdemokratische Gemeindeglieder sind in diesem Kreise neun vorhanden.

Gohennetersbach. Das beabsichtigte Gartenfest des sozialdemokratischen Vereins, welches am 8. Juni d. J. stattfinden sollte, wird auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Zeuthen, 29. Mai. Wir machen unsere Mitglieder und Leser der Parteipresse auf die am Samstag den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Sonne“ stattfindende Versammlung aufmerksam. Genosse Abele, Buchdrucker, wird einen Vortrag halten. Zu dieser Versammlung sind auch die Gewerkschaftskollegen eingeladen.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Sägereiarbeiter der Firma Rosch in Rehl. Seit Montag, 26. Mai, stehen die Sägereiarbeiter der Gebrüder Rosch in Rehl am Rhein im Streik. Wohlhabend und hier nach übertriebenen hohen Löhnen war es nicht, was sie in den Streik trieb. Wenn in einem Betriebe in der Nähe der Großstadt Straßburg von Hungerlöhnen im wahren Sinne des Wortes geredet werden muß, so sicher bei Rosch Söhne. Und einzig und allein die niederen Löhne sind es, welche die 50 Säger, Ristenmacher und Plaharbeiter bewegen hat dieses Eldorado zu verlassen. Alle Versuche der Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, in Frieden zu verhandeln, schlugen fehl. Auf Briefe gaben die Herren keine Antwort. Auf persönliche Vorstellung der Verbandsbeamten gabs nur einen Ton zu hören: Müß! Müß! Müß! Polizei! Gendarmen! Müß! Müß! Müß! Na wenn die Herren so mit den Vertretern der Arbeiter umspringen, wie werden sie da erst mit den Arbeitern haufen, die sie nicht als gleichberechtigte Menschen anerkennen. Die Löhne, welche die Firma bezahlte, zwangen die Arbeiter, den Hungerriemen bei jeder Teuerung fester anzuziehen. Aber wie alles schließlich ein Ende hat, so auch das Hungern.

Betrachten wir die Löhne etwas näher. Arbeiter von 16 bis 18 Jahren erhielten 16 Pf. Stundenlohn. Zwanzigjährige Arbeiter 20 Pf., dann gingen die Löhne in die Höhe, 24, 26, 28, 32 und 34 Pf. Ja einer erhielt sogar den Stundenlohn von 36 Pf. Dabei muß aber bemerkt werden, daß diese Löhne sämtlich vor kurzem um 2 Pf. niedriger waren, also zwischen 14 und 32 Pf. sich bewegten. Die Arbeitszeit ist noch 12 Stunden. Wie in den Löhnen, so ist auch bei der Arbeitszeit. Die Sägerei Rosch Söhne hat nicht nur den niedrigen Lohn, sondern auch die längste Arbeitszeit im ganzen Rehl'schen Rhein- und Saalegebiet. Dabei wohnen die Arbeiter alle noch haudemeil von ihrer Arbeitsstätte, denn von Straßburg finden sich keine Leute und von Rehl nur einige, welche zu diesen Löhnen arbeiten würden.

Aus diesen angeführten Gründen haben die streikenden Arbeiter auch die Sympathie der gesamten Bevölkerung, denn schon lange ging ein Murren über die schlechten Löhne, welche die Firma bezahlte, durch die ganze Stadt. Andere Firmen beriefen sich stets wieder bei den Verhandlungen auf die Löhne dieser Firma und verlangten, daß man diese auch einmal zwingen solle, höhere Löhne zu bezahlen. Nun sucht die Firma Rosch Söhne Arbeitswillige heranzuziehen, indem sie denselben dauernde Arbeit in Aussicht stellt. Warum publiziert sie denn nicht die Löhne, die sie zu zahlen gewillt ist? Doch auch ohnehin haben sich bis jetzt solche Herausdrücker nicht gefunden. Wir glauben auch, daß es nicht leicht sein wird, mit 28 Pf. Durchschnittslohn Arbeiter zu finden, welche den Streikenden in den Rücken fallen werden.

Wir appellieren an die Arbeiterschaft Badens, die Streikenden zu unterstützen, indem sie diesen Betrieb meiden. Sänt-

Er holte scheinbar weit aus und sprach wie nach einer langen und reißlichen Ueberlegung.

„Ja, seien Sie, Fräulein Engelbrecht, mir fehlt eine Instanz, die mir bei der Kontrolle des Personal- und des ganzen Betriebs zur Seite steht. Es ist ja nicht meine Absicht, daß Sie im Garten als Mamsell herumlaufen sollen. Von diesen Trampeltieren habe ich mehr als genug (Dagmar lächelte distret), Sie sollen die Aufsicht führen, und wenn Sie dem besseren Publikum einen Gefallen erweisen können, werden Sie es ja von selber tun.“

„Das versteht sich,“ sagte Dagmar, „arbeiten habe ich in Kiel gelernt.“

„Nun sehen Sie,“ rief der Wirt, „und über den Lohn reden wir mit keinem Wort. Was Sie in Kiel bekommen haben, zahle ich Ihnen auch und bin fest überzeugt, daß ich Ihnen damit nicht einen Pfennig zu viel gebe.“

„Dann wünsche ich uns beiden viel Glück,“ sagte Dagmar und streckte ihm die Hand entgegen.

„Hallo!“ rief der Wirt, ergriff die Hand und geriet in einen Freudentaumel, von dem er selbst nicht wußte, kam er von dem gelungenen Geschäft, oder weil er Dagmars junge Wärme durch den Körper rieseln fühlte und in ihre lodenden braunen Augen sah.

Nach am selben Tage aber eilte er in die Stadt und erzählte überall beim Dämmerstücken, welche glänzenden Fische er gefangen hatte und Dagmar gewann in ihm einen Lobredner, den selbst der Zahnarzt und der Referendar nicht mehr zu überbieten vermochten.

(Fortsetzung folgt.)

Haußs „Lichtenstein“ auf der Naturbühne in Dietlingen.

Das auf einem schönen Fleckchen Erde gelegene Dietchen Dietlingen, von Pforzheim aus leicht erreichbar, scheint berufen zu sein, in der Reihe der Orte, die eine Naturbühne besitzen, sich einen ersten Platz zu sichern. Anmüßig in einem von schönen Wäldern umsäumten Tale liegend, besitzt es eine Naturbühne, die sich eines allsonn-

täglich immer stärker werdenden Besuches zu erfreuen hat und die diesen Besuch auch verdient. Im letzten Sonntag erreichte der Besuch die Zahl 2000. Man kann es vorweg sagen: Auch für den verwöhnten Städter bietet die Auf- führung des „Lichtenstein“ einen durchaus befriedigenden, künstlerischen Genuß. Das Theater selbst ist geradezu ideal gelegen. Dinkt uns auch die Bühne im Vordergrund als etwas zu schmal, so läßt aber die Fortsetzung, die die eigentliche Naturbühne in den anschließenden Feldern und dem dann beginnenden Walde ersicht, sofort die künstlerische Hand und den künstlerischen Blick des Malers und Künstlers erkennen, der die Wirkung dieses malerischen Naturhintergrundes auf den Zuschauer richtig vor- ansah und einzuschärfen mußte. Herr Eichrodt, der die Sage für die Naturbühne bearbeitete, gab hier auch noch eine anerkannt wertvolle Probe seines Regietalentes. Durch die Mitbenutzung dieses natürlichen Hintergrundes bei der am Ende des Schauspielstättfindenden Schlacht weiß er eine Szene von lebenswahrer Realistik zu schaf- fen. Vielleicht ließe sich dieser Hintergrund auch bei an- deren Szenen verwenden. Ist erfolgen die Auf- züge etwas zu unermittelt, sie würden an Realistik nur gewinnen, wenn man vielleicht die Massen auf den oberen Wegen im Felde sich bewegen ließe, so daß der Zuschauer auf deren Erscheinen vorbereitet ist und der Szenenwechsel nicht gar so plötzlich und unermittelt oft vor sich geht. Vielleicht erwägt Herr Eichrodt auch, ob es nicht zweck- mäßiger wäre, die Kirche an einer anderen Stelle unter- zubringen, etwa an der Seite bei der Stadtmauer. An die Phantasie des Zuschauers werden zu starke Anforder- ungen gestellt, wenn er glauben soll, der Hochzeitszug be- wege sich zu der in der Stadt liegenden Kirche, obgleich er sich doch durch das Stadtor aus der Stadt heraus bewegt. Gerade dieses Bild wäre auch eines von jenen, die wir bei dem obigen Vorschlage der Mitbenutzung des Hintergrundes im Auge haben. Es würde ungemein malerisch, wirkungsvoll und glaubwür- diger wirken, wenn man den Hochzeitszug von der Ferne sich nähern sehen würde. Ein Hindernis wäre allerdings die Landstraße. Wir glauben aber kaum, daß der Verkehr

auf dieser Straße so stark ist, daß sich nicht eine Ab- sperung auf kurze Zeit durchführen ließe. Wir möchten der Spielleitung diese Vorschläge, die aus den ersten Eindrük- ken, die wir beim erstenmaligen Schauen empfingen, ent- sprungen sind, zur Erwägung anheimgeben. Wenn wir nun noch vorschlagen, zu versuchen, ob das Stück nicht bei einigen Stellen gekürzt werden könnte, so daß die Spieldauer 3 1/2—4 Stunden nicht überschreitet, so wäre die Kritik so ziemlich erschöpft.

Die Aufführung selbst kann nur zu ehrlicher Bewun- derung veranlassen. Alles Talent und Geschick des Künst- lers würde nichts nützen, wenn ihm nicht das staunens- werte schauspielerische Talent, das in der Bevölkerung Dietlingens vorhanden ist, Hilfe und Stütze wäre. Man muß staunen über die schauspielerische Verankerung dieser Leute und muß ihnen für ihre Leistungen ehrliebe Aner- kennung und vollstes Lob zollen. Die Pfeifer-Familie, der Pfeifer von Hardt, seine Frau und die Tochter Würbele könnten selbst von Berufsschauspielern nicht besser dar- gestellt werden. Aber auch die übrigen Darsteller bieten Leistungen, die oft sehr weit über das mittelmäßige hin- ausgehen. Die Ritter dürften vielleicht in ihrem Auftre- ten etwas derber und grober sein, ebenso die Haupt- leute der Landsknechte; auch im Landsknechtsslager dürfte es lebhafter zugehen. Die Aufzüge des Volkes, die Ritter und Soldaten sind von ungemein malerischer und echter Wirkung, nur sollten noch mehr Erwachsene mit herangezogen werden. Die Gefänge und Tänze haben durchweg volkstümlichen Charakter, auch diese zeigen uns, daß Herr Eichrodt ein guter Beobachter und Kenner des Volkstums ist.

Alles in allem: Auch dieses Volksschauspiel wird ein gut Teil dazu beitragen, im Volke der Pflege der Kunst einen Boden zu bereiten und in ihm den Sinn für das Schöne und Erhabene zu wecken und zu pflegen. Einem Sonntagsausflug nach Dietlingen möchten wir unseren Genossen bestens empfehlen, es wird ihnen neben land- schaftlichen Gemäßen auch reichliche künstlerische und ge- stigte Anregung verschaffen. W.

liche Strecken sind Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welcher es sich zur höchsten Aufgabe gestellt hat, für seine Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken und der alles daran setzen wird, auch aus diesem Kampfe als Sieger hervorzugehen.

Neue Schwierigkeiten bei Beendigung des Kampfes im Holzgewerbe. Es war vorausgesehen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nach Annahme des neuen Schiedsspruches im Holzgewerbe nicht glatt vorstatten gehen würde. Einmal können verschiedene Unternehmer einzelner Städte und Bezirke sich mit der erlassenen Blamaze nicht so ohne weiteres abfinden, dann aber begegnen sich Unternehmer- und Gehilfenorganisationen vielfach in dem Wunsche, vor Wiederaufnahme der Arbeit zunächst die örtlichen Verhandlungen über die den Orten verbleibenden Differenzen zu erledigen.

Bemerkenswert ist, daß der neue Schiedsspruch vom Unternehmerverband nur mit geringer Mehrheit angenommen wurde, zwei Gewerkschaften lehnten ihn ab, und zwar Rheinland-Westfalen einstimmig und Norddeutschland mit großer Mehrheit. Der Gewerkschaftenverband ist darum zur offenen Diskussion übergegangen. Der Vorstand dieses Gewerkschaftenverbandes unter dem Vorsitz des Reichsverbandes der Arbeitervereine teilt mit, daß die Betriebe geöffnet werden „zu den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Bedingungen“. Man akzeptiert den neuen Frieden, den die Schiedssprüche brachten, nicht. Der Tarif, den die Gehilfen jetzt anerkennen müßten, sei aufgestellt unter Berücksichtigung der wichtigsten Wünsche des Arbeitgeberverbandes. „Die Grundlöhne sind um einen Prozent pro Stunde erhöht, jedoch wir also auch nach dieser Richtung der Gehilfenchaft weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden.“ Dann heißt es weiter:

„Sollte eine Werkskraft in der nächsten Zeit von der Gehilfenchaft durch Streik angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden. Eventuell wird es auch erforderlich werden, erneute Ausfährungen vorzunehmen.“

Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidarität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gehilfenchaft gefeit sein. Angegriffene Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitsschreibern aus anderen Werksstätten geholfen werden.

Warnung vor Subvertarifen der Gehilfenchaft!!!

Dr. Coelich, Syndikus.

Der Hauptverband der Unternehmer stellt diesem Scharfmacherschreiben, Treubruch und offenen Abfall dieses Gewerkschaftenverbandes völlig machtlos gegenüber. Ebenso treibt es der als Scharfmacher bekannte Hamburger Vorstands der Unternehmer und Innungsobermänner offensichtlich zum Verack. Er hat entgegen den getroffenen Abmachungen einen einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis erlassen und erklärt seinen Mitgliedern offiziell, daß keine allgemeine Lohnverhöhung stattfindet, obwohl bei den Verhandlungen protokolllar festgelegt wurde, daß die Unternehmer die moralische Pflicht haben, die ausgesprochene Lohnverhöhung allgemein zu gewähren, also auch den älteren und leistungsfähigeren Gehilfen, die seither schon mehr als den Minimallohn erhielten. Angekündigt dieser offenen Vertragsverletzungen haben die Hamburger Gehilfen beschlossen, die Arbeit vorläufig nicht aufzunehmen.

Auch in einigen anderen Städten bestehen ähnliche Differenzen, wieder in anderen Städten lehnen die Unternehmer jede örtliche Verhandlung ab.

Der tatsächliche Umfang der noch bestehenden Differenzen kann erst in den nächsten Tagen endgültig festgestellt werden. Jedenfalls wird es noch einige Zeit dauern, bis die durch die sinnlose Ausfährung heraufbeschworenen Differenzen vollständig erledigt sind. Die Gehilfen sind natürlich bereit, jede Ungerechtigkeit der Scharfmacher energisch abzuwehren.

Deutscher Reichstag.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1,20 Uhr. — Am Bundesratliche Kommissare. — Die 2. Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes wird fortgesetzt. Die Paragraphen 1a bis 4 werden unverändert angenommen.

§ 5, der besagt, daß durch die Eheverbindung mit einem Deutschen die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes erwirbt, wird in der Fassung der Kommission angenommen unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages dahin gehend, daß eine Ausländerin, die die Ehe mit einem Deutschen geschlossen hat, auf ihren Antrag demjenigen Bundesstaat einzugewandert ist, dem ihr Ehemann angehört.

Abg. Quast (Soz.) begründet einen Antrag, den § 6 folgendermaßen zu fassen: Jeder geschäftsfähige Deutsche erwirbt durch die Begründung des Wohnsitzes in einem Bundesstaate die Staatsangehörigkeit in demselben, es sei denn, daß er spätestens einen Monat nach der Begründung des Wohnsitzes der zuständigen Behörde gegenüber erklärt, er wolle die Staatsangehörigkeit nicht erwerben. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll nach dem sozialdemokratischen Antrag der § 6 folgende Fassung erhalten: Ein Deutscher erwirbt die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate durch Erwerbung des Wohnsitzes in einer Gemeinde des Bundesstaates. In seiner Begründung weist der sozialdemokratische Redner darauf hin, daß durch den sozialdemokratischen Antrag der Partikularismus bekämpft werden solle. Es

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

„Statuti jetzt und einst.“ Mit 2 gelungenen Abbildungen veröffentlicht die bekannte illustrierte Halbmonatschrift „Das Wissen“ in ihrer jeden ersten Nummer 9 eine Schilderung des bis vor kurzem heiß umstrittenen Albonesenstabs in Gegenwart und Vergangenheit. Der Direktor der Höheren Mädchenschule in Chemnitz, Prof. E. Gräber stellt in einem weiteren Artikel die Technik des Webens in gemeinverständlichem Form an der Hand von 10 Abbildungen dar. Eine Beschreibung der von allen Europäern bewunderten Indischen Königsgräber in Delhi, ebenfalls mit Abbildungen versehen, stammt aus der Feder der tüchtigen Reisekünstlerin Luise von Brandt. Besonders reichhaltig ist auch diesmal die Buchschau der in gehen mit 20 Abbildungen geschmückten Nummer. Mitglieder der Vereinerung „Die Wissenschaft für Alle“ erhalten die Zeitschrift und jährlich 8 wertvolle Bücher kostenlos. Man schreibt an die Geschäftsstelle der Vereinerung „Die Wissenschaft für Alle“, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 124/125.

Mutter. Ein Frauenjournal von Joh. Fersch. Ein neuer Roman, der in der schnell bekannt gewordenen Serie „Vorwärts-Bibliothek“ in unserem Berliner Arbeiterverlag erschienen ist. Ein eigenartiges Buch, das Kampfeslust und Wärme, Fröhlichkeit und soziales Verständnis mit einander verbindet. In allen Arbeiterfamilien wird das Buch, das uns die beiden der Arbeiterfamilien als Mutter zeigt, mit Begeisterung gelesen werden. Der billige Preis — es kostet gut gewonnen 1 Mark — macht die Anschaffung allgemein möglich. Zu beziehen in „Parteien“, wie alle anderen Bücher des „Vorwärts-Bibliothek“ durch alle Buchhandlungen.

müsse eine größere Beweglichkeit innerhalb der 28 deutschen Bundesstaaten gegeben werden. Das wolle aber die Mehrheit nicht, weil davon die nicht anfängigen Schichten des Volkes den Vorteil hätten. Heute macht man große Schwierigkeiten bei der Einbürgerung in den Bundesstaat, namentlich Sachsen, bei der Erlangung der Staatsangehörigkeit. Das muß natürlich beseitigt werden, und das bezieht unser Antrag. Unser Antrag liegt auf dem Wege zu einem wirklichen Einheitsstaat. In der Richtung unseres Antrages liegt auch die Resolution auf Verlegung eines Gesetzentwurfs, durch den statt der Staatsangehörigkeit ein einheitliches Reichsindigenat für alle Deutschen eingeführt wird.

Der Paragraph wird in der Kommissionsfassung angenommen unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. § 7 enthält die Bedingung für die Einbürgerung eines Ausländers in einen Bundesstaat.

Abg. Bernstein (Soz.) begründet den Antrag, daß einem Ausländer die Einbürgerung nicht verweigert werden darf, wenn er seine Niederlassung wenigstens zwei Jahre hindurch ohne wesentliche Unterbrechung im Inlande gehabt hat, und zwar unter Ausfährung der Partei und der Religionszugehörigkeit.

Direktor Dr. Lewald: Die geographische Lage Deutschlands verlangt, daß wir anders dastehen als die übrigen Nationen. Der Zug der Nationen geht von Ost nach West. Zwei Stößen die Einwanderer auf das Deutsche Reich mit seinen geordneten Rechtszuständen, seinen großen wirtschaftlichen Erfolgen, seinen freizeithlichen Institutionen und seiner hochentwickelten Sozialpolitik. Da ist es natürlich, daß der Drang, ins Deutsche Reich aufgenommen zu werden, außerordentlich stark ist. Ein Recht zur Aufnahme können wir nicht verweigern; kein Land der Welt bietet die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Religionsbekenntnis kein maßgebendes Moment für die Beurteilung der Aufnahme oder Ablehnung.

Abg. Beder (Zentr.): Der Antrag ist für die deutsche Arbeiterchaft höchst gefährlich. Nimmt man ihn an, so wird rüstständigen Großindustriellen ermöglicht, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir müssen die Möglichkeit haben, diese Ausländer wieder abzuschieben.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Der Zutritt der ausländischen Arbeiter richtet sich nach Gesetzen, die mit dem Erwerb der Staatsangehörigkeit nichts zu tun haben. Gefährlich aber ist diese Konkurrenz bei völliger Mangelhaftigkeit der fremden Arbeiter. Nach Herrn Landsberg müßte man glauben, daß die verbündeten Regierungen den Zutritt fremder Arbeiter abzuhalten suchen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Auf die Verberlichung unserer freizeithlichen Einrichtungen durch Herrn Landsberg brauche ich nicht einzugehen. Ich erinnere nur an Oneist, der gesagt hat, daß die Verwaltung in Preußen zu treulich verfährt, die Verfassung unwirksam zu machen. Unsere Anträge sollten eigentlich überflüssig sein. Erwägen Sie sorgsam. Das Gesetz, das wir so verabschiedet haben, wird, wird auch lange Jahre Geltung haben. Ausländische Frauen sollen durch die Ehe mit einem Deutschen die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen. Es kann also eine Kolonialerin Deutsche werden, wenn es einem deutschen Mannes einfällt, sie zu heiraten, aber Männer, unbesoldete Ausländer sollen ausgeschlossen werden. Das wäre der Sinn einer Ablehnung unseres Antrages.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Rühne (Soz.) Bernstein (Soz.) und Wolkensbuh (Soz.), der bemerkt, der Vergleich der deutschen Einwanderer mit denjenigen Amerikas sei schief, weil unter den amerikanischen schiffbrüchige Offiziere eine große Rolle spielen, während zu uns Arbeiter kommen, betont.

Abg. Frhr. v. Rittschellen (natl.) die Notwendigkeit, daß wir uns ebenso wie Amerika gegen unerwünschte Elemente zu schützen haben.

Der sozialdemokratische Hauptantrag wird abgelehnt, ebenso bei dem notwendig werdenden Sammelantrag der Eventualantrag mit 148 gegen 115 Stimmen. — § 7 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 7a macht die Einbürgerung davon abhängig, daß kein Bundesstaat Bedenken erhebt, die die Besorgung rechtfertigen, daß die Einbürgerung das Wohl des Reichs oder eines Bundesstaates gefährden würde. Diese Vorschrift soll keine Anwendung finden bei Nachkommen ehemaliger Reichsangehöriger und bei Ausländern, die im Deutschen Reiche geboren sind und sich dort bis zum 21. Lebensjahr aufgehalten haben. Ein sozialdemokratischer Änderungsantrag mündigt, daß nur derjenige Bundesstaat zu fragen ist, in dem der Antragsteller eine Niederlassung gehabt hat, falls der Paragraph nicht ganz gestrichen wird. Unter Ablehnung sämtlicher übrigen Anträge wird der § 7a in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 8 regelt die Wiedereinbürgerung der Witwen oder der geschiedenen Ehefrau eines Ausländers.

Abg. Landsberg (Soz.): Man sollte hier nicht feinsinnig sein und vor allem die Unbescholtenheit aus dem Spiele lassen. Abg. Dr. Mund (Fortf. v. v. t.): Wir stimmen dieser Forderung zu.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Wir können von dem Indigenatsbeweis nicht abgehen. — Der Paragraph bleibt unanändert.

Abg. Hansen (Däne) beantragt die Einfügung eines besonderen Paragraphen, der besagt: Ein Staatsloser, der im Reichsgebiet eines derfalls wohnhaft ist, mit einer Deutschen verheiratet, deren Ausländerin geboren ist, muß von dem Bundesstaat seiner Geburt eingebürgert werden, wenn er innerhalb eines Jahres nach Erreichung der Volljährigkeit einen solchen Antrag stellt und den übrigen Einbürgerungsbedingungen entspricht. Auch in anderen Ländern wird die Einbürgerung derzeit gehindert. Die Zustände im Schleswig-Holstein machen diese Gesetzbestimmungen nötig. Die letzte dänische Volkszählung besagt, daß 22 000 in Schleswig-Holstein Geborene in Dänemark eingebürgert worden sind. Die Verhältnisse in Schleswig-Holstein zeigen, daß den deutschen Grenzländern erhebliche Gefahren drohen, deshalb sollten wir den dortigen Wohnenden gesetzliche Garantien bieten, damit den armen Heimatlosen ihr Unglück nicht noch vergrößert wird.

Ministerialrat Dr. Lewald: Angesichts der vorgeschlagenen Zeit dürfte es nicht angebracht sein, auf diese Ausführungen näher einzugehen. (Große Unruhe links.) Es trifft nicht zu, daß es sich um eine große Zahl von Fällen handelt. Es sind immer dieselben Fälle, die schon seit Jahren hier umfährt werden. Vertrauten Personen muß die Wiederlassung verweigert werden.

Direktor Dr. Krieger: Die ganzen Verhältnisse in Nord-Schleswig sind auf die dänische Gesetzgebung zurückzuführen. Es sprechen im Dänemark internationale Abmachungen über diesen Punkt. Ueber das Stadium dieser diplomatischen Verhandlungen kann ich gegenwärtig naturgemäß nichts sagen.

Abg. Bernstein (Soz.): Die internationalen Verhandlungen können kein Hindernisgrund sein, den Antrag Hansen anzuschließen.

Abg. Hansen (Däne): Der von mir angebrachte Fall liegt anders, als Dr. Lewald ihn darstellt. Der Betroffene ist ausgewiesen worden, weil er sich verheiratet hat und mit seiner Frau rechtmäßig zusammen gelebt hat. (Hört, hört!) Der Reichstag gegen die Staatsgewalt ist darin erblickt worden, daß derselbe nach einem Vergleichen mit einem Nachtragsantrag zusammengekommen ist. (Heiterkeit, Unruhe links.) Ueber die angeleglichen Diebstahlsfälle ist mir nichts bekannt.

Direktor Krieger: Die Angaben des Herrn Hansen können die ganzen diplomatischen Verhandlungen betreffen. (Unruhe.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Elsaßer und eines Nationalvereins abgelehnt. Einige weitere Paragraphen werden unanändert angenommen. Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag, 2 Uhr. Kurze Anfragen, Weiterberatung, Interpellation betr. Elsaß-Lothringen. Schluß 7 Uhr.

51ster Bundestag der Arbeiterturner.

k. Mannheim, 29. Mai. Fünfter Verbandstag.

Der Bundesvorsitzende Garnisch-Weipzig sprach heute über Organisationsfragen. Einige Kreise sollen eine neue Bezeichnung erhalten, der jetzige 17. Kreis soll der 8. und der 16. Kreis der 12. Kreis werden. Bei Erörterung dieser inneren Angelegenheit ging Redner auch auf die Frage des Zusammenschlusses aller geselligen Arbeitervereine an einem Orte zu einem Verein ein. Dieser Zusammenschluß wäre nicht zu empfehlen, weil die Interessen der einzelnen Vereine zu verschiedener Natur seien, so daß leicht Differenzen entstehen könnten, die den Bestand des Gesamtverbandes gefährdeten. Der Bund trete dagegen für örtliche Kartelle ein, die den Zweck haben, nicht nur die Vereinsmeierei und das Festlichkeitssummen zu bekämpfen, sondern auch eine gemeinschaftliche Agitation zu betreiben.

In der Diskussion wurde eine Reihe organisatorischer Fragen aufgeworfen und auch die Jugendfrage erörtert. Die Jugend müsse mehr zum Turnen herangezogen werden, mit den Jugendausschüssen solle mehr zusammengearbeitet werden. Einige Redner flagten über zu wenig Entgegenkommen der Jugendausschüsse. Willigung vom Bundesvorstand betonte, daß die Bundesverwaltung keinen Anlaß hätte, über das Verhältnis zur Zentralkstelle der arbeitenden Jugend zu klagen. Das Verhältnis sei das denkbar beste. Wenn draußen im Lande Differenzen vorkämen, so liege das an einem Mangel gegenseitiger Verständigung. Der Vertreter der Zentralkstelle der Arbeiterjugend, Scholz-Berlin, erklärte, die Zentralkstelle bringe dem Arbeiterturnerbund große Sympathien entgegen. Die körperliche Ausbildung der Jugend solle dem Bund überbleiben, wenn auch die Jugend Wanderungen in ihr Programm aufgenommen habe. Die Zentralkstelle sei der Meinung, daß die Jugend körperlich und geistig ausgebildet werden müsse, sie wäre immer bestrebt, mit dem Arbeiterturnerbund zusammenzuarbeiten. Sorgen Sie dafür, daß überall ein gutes Verhältnis zwischen Jugendausschuß und Turnverein besteht.

Dem Vorschlag des Vorstandes über die neue Bezeichnung der neuen Kreise wurde zugestimmt. Annahme fand auch ein Antrag, der die Bezirke und Gruppen verpflichtet, für geregelte Geschäfts- und Kassenführung in den Vereinen zu sorgen. Den Gruppen-, Bezirks- und Kreis-Ausschüssen steht jederzeit das Recht zu, Geschäfts- und Kassenbücher zu revidieren. Ferner wurde beschlossen, daß wenn ein Mitglied von einem Verein ausgeschlossen wird, damit auch der Ausschluß aus dem Bunde verbunden ist. Berufung ist zulässig an die Kreis-Konferenz und in letzter Instanz an den Bundesausschuß.

Der Bundestag nahm hierauf eine Neuregelung der Gehälter der Angestellten vor. Das Anfangsgehalt für die Vorstandsmitglieder wurde einstimmig von 2100 Mk. auf 2300 Mk. erhöht. Das Gehalt steigt jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 3100 Mk. Die Erhöhung tritt ab 1. Juni in Kraft. Das Anfangsgehalt der Hilfsbeamten wurde von 1900 Mk. auf 2100 Mk. erhöht. Die Steigerung beträgt ebenfalls 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2700 Mk. Die Beiträge für Krankenversicherung und die Privatbeamtenversicherung trägt der Bund ganz.

Eine lange Debatte entspann sich nun über die Frage der Anstellung von neuen Kräften für die Redaktion und dem Vorstand. Der Vorstand hatte vorgeschlagen, diese als Hilfskräfte zu benennen, die kein Stimmrecht im Vorstand haben. Mehrere Redner verlangten aber, daß ein zweiter selbständiger Redakteur und für den Vorstand ein Sekretär angestellt wird. Schließlich wurde bestimmt, daß zur Unterstützung und Vertretung der besoldeten Vorstandsmitglieder nach Bedarf Sekretäre anzustellen sind. Diese haben jedoch kein Stimmrecht. Zum Vorstand sollen nur gehören: der Bundesvorsitzende, ein Bundessturnwart, ein Redakteur, ein Geschäftsführer und ein Kassier. Die übrigen Redakteure, Turnwart, Sekretäre usw. haben im Vorstand nur beratende Stimme. Die auf dem Turntag zu wählenden Sekretäre werden in die Gehaltskala der Vorstandsmitglieder eingereiht.

Bei der Statutenberatung entspann sich eine lange Debatte über die Zusammensetzung des Bundestages. Der Vorstand beantragte, daß der gesamte Vorstand (also auch die unbesoldeten Vorstandsmitglieder) der Bundesausschuß und der Turnausschuß auf dem Bundestag vertreten ist. Dagegen wandten sich zahlreiche Redner. Für den Vorstandsantrag erhoben sich auch nur wenige Stimmen. Es bleibt bei den bisherigen Bestimmungen, nach denen die unbesoldeten Vorstandsmitglieder und die genannten Ausschüsse nur durch ein Mitglied vertreten sind. Anstatt „besoldeten Vorstandsmitglieder“, die zum Bundestag zählen, wird gesagt „Bundesbeamte, soweit sie vom Bundesturntag gewählt werden“. Mehrere Delegierten treten energisch für den Antrag ein, den Kreisfrauenturnwart dieselben Rechte wie den Kreissturnwarten für das Männerturnen als Delegierte zum Bundestag einzuräumen. Es blieb aber auch bezüglich den Kreissturnwarten, die Sitz und Stimme auf dem Bundestag haben, bei den bisherigen Bestimmungen. Bei den Bestimmungen über die Delegation zum Bundestag stimmte der Bundestag einem Antrag zu, wonach es den Freieren überlassen bleibt, nach welchem Wahlsystem sie die Delegiertenwahlen vornehmen wollen. Doch ist das Delegationsrecht im Kreis und Bezirk einheitlich zu regeln. — Kreisvertreterkonferenzen finden — ebenso wie der Bundestag — alle zwei Jahre statt.

Bei den Wahlen wurden die bisherigen Beamten wiedergewählt. Von der sofortigen Wahl eines Sekretärs nahm man Abstand, der nächste Bundestag soll sie vornehmen. Zweiter Redakteur wird Kreutzberg-Neußöllm. Damit waren die Arbeiten des Bundestages erledigt. Der nächste tagt 1915 in Dessau.

Kommunalpolitik.

Aus dem Mannheimer Bürgerausschuss. Der Bürgeraus-

Aus dem Lande.

Bruchsal.

L. Konditorientag. Nächsten Dienstag und Mittwoch tagt

Rastatt.

Den sicheren Tod des Ertrinkens hätte gestern nachmittag

Baden-Baden.

Selbstmorde. Ein junger, 19 Jahre alter, in der Fabrik

Offenburg.

b. Freie Turnerschaft. Unser neugegründete Damenriege

L. Von einem Hengste wurde Donnerstag morgen dem

* Bretten, 29. Mai. In dem württembergischen Ort Allingen

* Pforzheim, 29. Mai. In dem bei Unterreichenbach im

* Mannheim, 29. Mai. Ein schwerer Unfall ereignete

Theater und Musik.

Opernhaus Karlsruhe.

Als der junge Gaetano Donizetti bereits 1818 in

Die Aufführung selbst fand am Dienstag durchweg auf

Alfred Lorenz's ist durch seine leidenschaftliche Leistung

musste. Außerdem hat Friedrich derart schwere Kopfschmerzen

* Kehl, 29. Mai. Vor einigen Tagen kam ein höchst feiner

* Karlsruhe, 29. Mai. Der färschlich unter dem Verdachte

* Konstanz, 28. Mai. Der beim hiesigen Regiment stehende

Unwetter.

t. Ueber Sulzburg und seine Umgebung entlud sich

* Weibelsberg, 29. Mai. Zu dem schweren Hagelunwetter

* Tannheim, 29. Mai. Bei einem schweren Unwetter schlug

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 30. Mai.

Alt- und Oststadt.

Die auf Samstagabend anberaumte Komiteesitzung

Rintheim.

Samstag, 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal

Für Stotterer, gestützt auf seine Erfolge in Karlsruhe und

Zwei Zwangsgefangene, die aus der Zwangsarbeitsanstalt

Flugtechnischer Verein Baden. Der Verein bezweckt das

Unfälle. Am 25. l. M. wurde ein Arbeiter aus Weibelsberg

Eine erhebliche Verkehrsbehinderung entstand gestern

Kochender Zeeer lief gestern vormittag im Hofe des Fried-

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Wohltätigkeitsaufführung. Das vorliegende Programm

hürmlichem Vacherfolg aufgenommenen Don Carlos-Oper

Fußballsport. Auf dem Sportplatz an der Kirchheimerstraße

Neues vom Tage.

Darmstadt, 29. Mai. In Bernsheim a. Rh. wurde die

Hannover, 28. Mai. Einem Raubmord zum Opfer gefallen

Hannover, 29. Mai. In der Nähe des Dorfes Döbings-

Berlin, 29. Mai. In der Kaiserstraße verjuchte gestern die

Hamburg, 29. Mai. Der in der Vorgeschichte wohnende

Petersburg, 29. Mai. In der Blinden-Schule zu Charlots

Balkan-Konflikt.

Der Friedensvertrag und die „Protokolle“ der Verbündeten.

London, 29. Mai. Wie das Reutersbureau erfährt,

Letzte Nachrichten.

Aus der Budgetkommission.

Berlin, 29. Mai. Die Budgetkommission des Reichstags

Vertical text on the left edge of the page, likely from an adjacent page or a binding artifact.

Schrittliche 755 Millionen und der nationalliberale Antrag 675 Millionen Mark ergeben. Ein sozialdemokratischer Modus stelle eine Verständigung zwischen dem Zentrum und den Fortschrittlichen bezüglich der Staffelung in Aussicht. Das elfjährige Mitglied bemerkte, daß die einseitige Heranziehung der Vermögen und die Freilassung der höheren Einkommen seine Freunde in Erfahrung versetze. Für die Reichslande liege gewiß die Gefahr einer Abwanderung des Kapitals vor. Rund 150 Millionen seien in letzter Zeit aus den Reichslanden abgewandert. Der Zentrumsantrag treffe nach seiner Ansicht im allgemeinen das Richtige. Vielleicht sei die Staffelung noch weiter durchzuführen. Ein Zentrumsredner legte Wert auf die Freilassung der Vermögen unter 50 000 Mk. Sinntlich der Einkommen scheine ihm die von 10 500 das richtige zu sein. Ueber ein Prozent hinauszugehen, halte er nicht für ratsam. Ein Fortschrittler glaubt an den Sägen von 30 000 Mk. bezw. 10 000 Mk. festhalten zu sollen. — Der Vorsitzende machte dann den bereits gemeldeten Vorschlag. — Ein Konservativer erklärte wiederholt, daß der Zweck der Vorlage im Gesetz festgelegt werden müsse. Bezüglich der Staffelung könne bis ein Prozent und, wenn nötig, darüber hinausgegangen werden. Hierauf verlagte sich die Kommission; zu einer Abstimmung kam es nicht. Nächste Sitzung: Freitag.

Stürmische Auseinandersetzungen in der württembergischen Kammer.

Stuttgart, 29. Mai. In der Zweiten Kammer kam es heute bei der Beratung des Stats zu lebhaften Auseinandersetzungen. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt worden war, sprach der Abg. Gaußmann (Fortfchr. Volksp.) in einer Geschäftsordnungsdebatte von Vergewaltigung und Erdrosselung der Redefreiheit und drohte, daß seine Parteifreunde sich eventuell der Abstimmung enthalten würden. Als dann ein Antrag Reil (Soz.), die Abstimmung über einen Antrag des Zentrums zur Frage der Auflösung der Kreisregierungen auf morgen zu verschieben, abgelehnt wurde, verließen die Mitglieder der Sozialdemokratie und der Volkspartei mit Ausnahme der Abgeordneten Reil (Soz.) und Gaußmann (F. Vp.) den Saal. Gaußmann bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses und die Sitzung wurde abgebrochen und eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später anberaumt.

Als der Präsident v. Kraut nach der Eröffnung der neuen Sitzung die Statsberatung bei Titel 2 fortsetzen wollte, erhob der Abg. Reil (Soz.) Widerspruch und Volkspartei und Sozialdemokratie verließen abermals den Saal. Präsident v. Kraut erwiderte, er gehe davon aus, daß die Abstimmung auf morgen verschoben werde, womit sich aber der Abg. Gaußmann nicht zufrieden gab, sondern eine bestimmte Erklärung forderte. Nachdem Vizepräsident Kiene dem Präsidenten beigegeben hatte, die Abstimmung auf morgen zu verschieben, kehrten Volkspartei und Sozialdemo-

kratie wieder an ihre Plätze zurück und die Beratung nahm ihren Fortgang.

Die Verständigungskommission für den Wehrbeitrag.

Berlin, 29. Mai. Die von der Budgetkommission des Reichstags heute eingesetzte Verständigungskommission hat von 5 Uhr bis nach 8 Uhr hier getagt und beschlossen, den Fraktionen die folgenden Vorschläge für die Gestaltung des Wehrbeitrags vorzulegen: Die Vermögen sollen erfasst werden von 30 000 Mk. an unter mit 0,1 %; der Prozentsatz steigt bis 1,5 % bei Vermögen von über 10 Millionen Mark.

Die Einkommen sollen in folgender Weise herangezogen werden: Es werden alle Einkommen über 5000 Mark besteuert und zwar werden die Einkommen bis 50 000 Mk. mit 10, die Einkommen bis 100 000 mit 12,5, die Einkommen über 100 000 Mk. mit 15 multipliziert. Diese Summe wird dann nach der oben angegebenen Staffel der Vermögensbesteuerung herangezogen. Bei Einkommen aus Vermögen werden vor der Multiplikation 5 % abgezogen. Die Schätzung des Einkommens geschieht auf Grund der Landessteuervergese. Die genaue Formulierung der Anträge wird morgen früh im Reichstagsamt vorgenommen werden.

Ein österreichischer Generalstabsobers als Landesverräter.

Wien, 29. Mai. Der gestern beerdigte Generalstabsobers Redl ist, wie jetzt nicht mehr länger bestritten wird, der Spionage zugunsten Rußlands überführt worden. Er hat seine Stellung als Stabschef des Prager Korps seit vierzehn Tagen durch Landesverrat missbraucht, zuerst, um aus schwerer Geldklemme zu kommen, sodann, um seine jährlich 150 000 Kronen erforderliche Lebenshaltung zu bestreiten. Zuletzt ist durch Ueberwachung seiner Korrespondenz seine verräterische Haltung festgestellt worden; er war dann durch eine List zu einer Unterredung mit einem Mittelsmann nach Wien gelockt worden. Eine Hausdurchsuchung in Prag erbrachte den Beweis völliger Ueberführung. Es scheint, daß die in Wien ihn erwartenden Offiziere eine Browningpistole auf seinem Zimmer zurückgelassen hatten, mit der er sich vorgestern erschöß. Sein Begräbnis geschah ohne alle Ehren.

Großer Wertarbeiterausstand.

Friest, 30. Mai. Infolge der Entlassung mehrerer Arbeiter durch die Schiffahrtsgesellschaft „Dalmatia“ haben gestern früh sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Ausständigen betrug mittags etwa 4000 Mann. Sämtliche Lände- und Wärdarbeiten sind unterbrochen, ausgenommen auf den Dampfern des österreichischen Lloyd, deren Ladungen durch eigene Arbeiter gelöst werden.

Kämpfe in Marokko.

Paris, 29. Mai. Aus Marokko wird gemeldet: Nachdem Thami el Ghani der Befehlung von Durand Zeit genug zur Uebergabe gelassen hatte, beschloß er, gegen die Stadt zu marschieren. Am Morgen des 22. Mai traf er umfassende Anordnungen für den Kampf. El Ghani's Leute griffen ihn an. Er warf sie durch einen stürmischen Gegenangriff zurück. Der Feind soll 500 Tote, el Ghani 50 Tote und Verwundete haben. Die Stadt wurde genommen. El Ghani ist in Verkleidung entflohen.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

R. F. Nach § 20 Ziff. 1a des Verwaltungsgebührengesetzes wird in Sachen der Staatsaufsicht über die Gemeinden eine Sporel nicht erhoben.

Wasserstand des Rheins.

30. Mai. Schusterinsel 2,07 m, gest. 5 cm, Rehl 2,90 m, gest. 8 cm, Magau 4,35 m, gest. 5 cm, Mannheim 3,50 m, gest. 4 cm.

Verbandsanzeiger.

- Karlsruhe. (Arb.-Radfahrerbund „Solidarität“) Sonntag den 1. Juni Beteiligung am Gartenfest des Brudervereins in Eggenstein. Abfahrt pünktlich 1 Uhr vom Lokal Kaiserstraße 13. 1278
- Karlsruhe. (Bauerei- und Mühlenarbeiter.) Samstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, in der „Gambriusshalle“ Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. 1280
- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 1. Juni. A. Tagestour Achern, Karlsruhe, Gerat, Rühlstein, Wildsee, Hornsgründe, Achern. Abfahrt 2.40 Uhr Hauptbahnhof. Fahrpreis 2,30 Mk. Gehzeit 7 Stunden. B. Halbtagestour Ettlingen, Lohmühle, Ettlingen. Abfahrt 2.35 Uhr Hauptbahnhof. Fahrpreis 30 Pf. 1283
- K.-Mühlburg. (Bruderverbund.) Heute Freitag abend pünktlich 1/2 Uhr Wiederbeginn der regelmäßigen Proben für Männerchor. Vollständiges Erscheinen erforderlich. 1284
- Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 30. Mai, abends 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Gasthaus z. Schwänen. Da die Abhaltung eines Parteifestes auf der Tagesordnung steht, erwarten wir zahlreichen Besuch. 1295
- Bruchsal. (Arb.-Gesangverein Harmonie.) Samstag, 31. Mai, und Sonntag, 1. Juni, Fortsetzung des Preisfestes im Restaurant „Areh“ hinter der Stadtkirche. Beginn Samstag abend 8 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Zenther. (Soz. Verein.) Samstag, 31. Mai, abends 1/2 Uhr, in der „Sonne“ Versammlung mit Vortrag über „Unsere Stellung zur Religion“. 1290
- Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verein.) Samstag, 31. Mai, abends 1/2 Uhr, im „Anker“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen Jakob Häber. 1281
- Baden-Baden. (Deutscher Metallarbeiter-Verein.) Samstag, 31. Mai, abends 1/2 Uhr, im „Waidmühlchen“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen B. Durtsche. 1281
- Offenburg. (Sozialdem. Verein Vorwärts.) Kommenden Samstag, 31. Mai, abends 1/2 Uhr, im „Anker“ Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung, wozu um vollständiges Erscheinen ersucht wird. 1284

Kinderstiefel

ZU

Extra-Preisen.

Kinder-Stiefel braun Chevr. mit Lackkappen 31-35 4.75, 27-30	4 ²⁵
Kinder-Stiefel RBox, breite Formen 31-35 4.45, 27-30	3 ⁹⁵
Kinder-Stiefel echt Chevr. mit Lackkappen 31-35 4.75, 27-30	4 ²⁵
Kinder-Sandalen breite Formen 31-35 2.75, 27-30 2.25, 20-26	1 ⁹⁵

Josef Ettlinger

Kaiserstraße 48. 1275

Sängerbund Vorwärts

18 90

Karlsruhe

Anlässlich unseres am 13. Juli stattfindenden

Kinder-Festes

ersuchen wir unsere verehrl. Mitglieder, Partei-, Gewerkschafts- und Sangesgenossen, die gesonnen sind, ihre Kinder beim Kinderfesten mitwirken zu lassen, dieselben in die im Vereinslokal „Deutsche Eiche“, Angartenstrasse, aufliegende Liste bis längstens 6. Juni einzzeichnen zu wollen. Spätere Einzeichnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die erste Übung zum Reigen findet am Freitag, den 6. Juni, abends 7 Uhr auf dem Turnplatz der Freien Turner hinter dem Wasserwerk statt.

Aufträge zum Einzeichnen können auch bei den Verwaltungsmittgliedern u. Unterkassierern gemacht werden.

Kosten erwachsen keinerlei.

Auch ersuchen wir die verehrl. Frauen der Mitglieder sich durch Mithilfe zu den Vorarbeiten wie in früheren Jahren bereitwilligst zur Verfügung zu stellen und werden ebenfalls Einzeichnungen baldigst erwünscht. Näheres erfolgt zu gegebener Zeit an dieser Stelle.

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen 1258

Die Verwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verein

Ortsverwaltung Karlsruhe

Sektion Hafnarbeiter.

Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr beginnend, findet im Daglander Wäldchen bei der Alb-Brücke unser

Wald-Fest

statt. Hierzu sind unsere werthen Mitglieder, sowie alle Freunde und Gönner unserer Sache zu zahlreichem Besuche freundlichst eingeladen. 1210

Die Ortsverwaltung.

Turnverein Kleinsteinbod (e. V.).

Am Sonntag den 1. Juni 1913, findet auf dem Turnplatz unser diesjähriges

Gartenfest

statt, wozu wir Freunde und Gönner des Vereins und insbesondere die Turngenossen von der Umgebung turnfreundlichkeit einladen.

1259 **Der Turnrat.**

<p>Auf Kredit</p> <p>≡ Möbel ≡</p> <p>Bettladen Kleiderschränke Kommoden Waschtische Nachttische Büfets Vertikos Diwane 1272 Stühle</p> <p>in nur erstklassiger Ware und gegen ganz bequeme Teilzahlung empfiehlt</p>	<p>Auf Kredit</p> <p>Manufakturwaren</p> <p>Anzüge</p> <p>für Herren und Knaben</p> <p>in nur erstklassiger Ware und gegen ganz bequeme Teilzahlung empfiehlt</p>
<p>Möbel- und Ausstattungshaus</p> <h2 style="text-align: center;">E. PISTINER</h2> <p style="text-align: center;">KARLSRUHE, Werderplatz Nr. 35.</p>	
<p>Auf Kredit</p>	<p>Auf Kredit</p>

Nur noch bis inkl. heute abend

<h2 style="text-align: center;">Residenz-Theater</h2> <p style="text-align: center;">Waldstrasse 30.</p> <p style="text-align: center;">In den Pausen Gesangs-Vorträge: Caruso sowie Jadowker.</p>	<h2 style="text-align: center;">Das Abenteuer der Lady Glane</h2> <p style="text-align: center;">sowie noch 4 weitere Piecen</p> <p style="text-align: center;">Begleitet durch Künstler-Orchester 1292</p>
---	--

gegen **Zahnschmerz** **Blasscolin** 800

Zu haben in allen Apotheken.

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.



Stroh-Hüte.

Besonders preiswerter

Saison-Verkauf!



„Matlot-Form“

Engl. Rustic-Geflecht
M 1,90, 2,50, 3.—, 3,50, 4.— 4,80 etc.

Pedal und sonstige solide Geflechte
M 1,25, 1,80, 2,50, 3,50, 4.—, 4,50 etc.

Palm weiss } Federleicht u. angenehm
Manila gelbl. } sitzend M 3.—, 3,80,
4,50, 5,50 bis 8.—

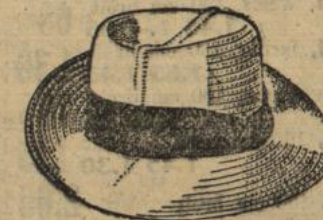


„Panama-Formen“
Haupt-Männer-Formen, praktisch
und bequem

Diverse Stroh-Geflechte
M 1,25, 1,80, 2,50, 3,50, 4,50 etc.

Echt „Italien“ weiss
Bast-Geflecht
M 1,60, 2,50, 3,25, 3,80, 4,50, 5.—

Desgleichen Farbig
grau — braun — grün M 3,50, 4.—



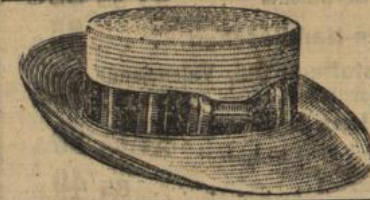
weiss Palm } Fabelhaft M 1,50, 2,50,
gelbl. „ } leicht 3,80, 4,50
„ Manila } bis 6,50

Echte Südamerikanische
Panama's
Als bekannt bedeutende
Spezialisten und Kenner
„ausserlesene Qualitätsware“
M 6,50 8,50 12,50 15,50
18,50 24,00 28,00 30,00
Nicht nur die Feinheit des Geflechtes, sondern
auch der Herstellungs-Staat und Art des Pa-
namahalmes bedingen den Wert.

Schwarze
und
Farbige Stroh-Hüte
Gedieg. praktische Formen
Solide Geflechtarten.

Spezialität: vollkommene
Formen für
„ältere u. starke Herren“
Fabelhaft leichte und schöne
Geflechtarten.

Garnierte
Kinder-Hüte
auch für Babys
enorm billig.



Sonder Angebot.
Zurückgesetzte Rundschiag und
andere Formen.
Verschiedene Geflechtarten.
M 0,55, 0,95, 1,25, 1,50, 1,80.



Knaben-Hüte
„Mascot- u. Panama-Formen“
verschiedenste Geflechte
M 0,60, 0,85, 1,20, 1,50, 1,80, 2,50 etc

Unvergleichliche Riesen-Auswahl!

Hut-Mode-Haus

1271

ZEUMER

Karlsruhe.

Kaiserstrasse 125/127.

Stottern

sowie jeder Sprachfehler wird vom dritten
Jahre ab bis in das höchste Alter dauernd
beseitigt. Keine Atem- u. Wörterübungen
die schon so manchen Stotternden zur Ver-
zweiflung brachten, auch keine Sprech-
apparate. Amtlich beglaubigte Zeugnisse. Gabe selbst 40 Jahre
gestottert. Erfolg kann hier und Umgebung nachgewiesen werden.
Sprechstunden: Sonntag, den 1. Juni von 10-2 Uhr, im
Hotel „Hohenzollern“, Karlsruhe, Kronenstrasse, S. Dillig.
Auskunft 1 Mark. Letzte Sprechstunde. 1278

Capellenstr. 22, 4. St., 11
ein gut möbl. Zimmer
sofort billig zu vermieten.

Die billigste Quelle

zum Einkauf getragener u. neuer
Kleider, Schuhe und Möbel
nur bei J. Glozer, Karlsruhe,
Markgrafenstr. 8. 838
zwischen Waldhorn- u. Brunnenstr.

Fortsetzung des

Total-Ausverkaufs

wegen Aufgabe meines

1876

Herren-Konfektions-Geschäftes.

Nicht wiederkehrende billige Einkaufs-Gelegenheit.

Das Lager ist in allen Grössen, Farben
und Passformen noch reichhaltig sortiert.

Der Total-Ausverkaufspreis
ist an jedem Stück neben dem
seitherigen Verkaufspreis in

blauen Zahlen

deutlich
ange-
schrieben!

Ad. Stein

Kaisersstr.
74
am Marktplatz.

Pfannkuch & Co

Früh eingetroffen:
Einige Waggon
neue Sommer-
Malta-
Kartoffeln
3 Pfd. 45 Pfg.
10 Pfd. 1.45 Mk.

Ein Waggon
neue
Spanische
Kartoffeln
3 Pfd. 40 Pfg.
10 Pfd. 1.30 Mk.

Einige Waggon
neue Italiener
Kartoffeln
3 Pfd. 25 Pfg.
10 Pfd. 80 Pfg.

Ein Waggon
neue
Egypter
Zwiebeln
Pfd. 7 Pfg.
10 Pfd. 65 Pfg.

Frische Holländer
Schlangen-
Gurken
St. 28 u. 30 Pfg.

Pfannkuch & Co

Rur bei A. Maser
Markgrafenstrasse 16
kauft man gebrauchte Möbel,
Schuhe, Kleider, Weißzeug
am allerbilligsten. 1194

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Karlsruhe.

Samstag, den 7. Juni ds. Js., abends halb 9 Uhr,
findet im Vereinslokal unsere

halbjährl. General-Versammlung

statt, wozu die Mitglieder hierdurch freundlichst eingeladen sind
mit dem Ersuchen um vollständiges Erscheinen.
Anträge hierzu müssen bis längstens 5. Juni schriftlich
eingereicht sein. 1279

Der Ausschuss.

NB. Sonntag, den 1. Juni, Ausfahrt nach Eggenstein
zur Festeiligung an dem Gartenfest des Deubervereins in Eggenstein.
Abfahrt pünktlich um 1 Uhr vom Lokal.

K. F.-C. Phönix

(Phönix-Alemannia) e. V.
Sportplatz links d. Rheintalbahn
entlang. — Telefon 1338.
Sonntag, den 1. Juni 1913
Nachm. 1/4 Uhr Ib Mannschaft
geg. Rasenspieler Mannheim
Ib (auf unserm Platze).
Nachm. 5 Uhr; IV. Mannschaft
gegen „Herta“ Neureuthdorf.
Vorm. 8 Uhr: Training für die
I. Mannschaft.
Voranzeige. Freitag, den
6. Juni 1913, Monats-Ver-
sammlung im Klubhaus.

Fussball-Club Mühlburg Verein für Rasenspiele

e. V. — Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.
Samstag, den 31. Mai 1913,
Spieler-Sitzung.
Sonntag, den 1. Juni 1913,
Entscheidungs-Spiel
um die süddeutsche Meister-
schaft
Nürnberg-Mühlburg
Beginn 3 Uhr.
2. Mannsch. F.-C. „Frankonia“.
Bruchsal 1 1/2 Uhr.
4. Mannsch. F.-C. Frankonia 4
morgens 10 Uhr.
5. Mannschaft in Darlach
morgens 10 Uhr.
A.H.-Mannsch. F.-C. Germania-
Durlach A.H. auf unser. Platze
1/2 5 Uhr. 1287
Nach den Spielen Frühlings-
fest auf dem Sportplatze.



E. V.
Samstag, den 31. Mai:
Spieler-Versammlung.
Sonntag, den 1. Juni:
3 1/2 Uhr auf unserem Platze
Viktoria Feudenheim I
gegen Frankonia I.
Vorher: II. Mannschaft.
III. Mannsch. in Maximiliansau,
Abfahrt 1,30 Uhr Mühlbg. Tor.
IV. Mannschaft in Mühlburg
vormittags 10 Uhr.



Loden-Anzüge v. Mk. 19.— an
Loden-Pelerinen, Bozener
Mäntel (echte Münchener
Konfektion), Berg-Stiefel
Rindl. v. Mk. 12,50 an. Ruck-
stöße v. Mk. 2.— an. Alumi-
niumartikel, Billigste Preise
infolge geringer Spesen, gute
sportmässige Qualitäten.

Sport-Beier

Kaisersstr. 174, b.d. Hirschstr.
Mitglied des T.-V. „Die
Naturfreunde“ 18

Billige Möbel:

Egl. Bettstellen, aufgeh. pol. St. 38. Mk.
echt eichen St. 38. Mk.
Schiffonnières, pol. . . St. 36. Mk.
Balschommoben, pol. . . St. 30. Mk.
Doppelte Spiegel-Schränke St. 55. Mk.
Tische, Stühle usw. billigst.
Ganze Schlafzimmer bei, billigst.
im Möbel- und Bettenhaus
der Weststadt 1277

Wilh. Seiter

Zoffenstraße 85.



Bevor Sie Butter einkaufen
machen Sie einen Versuch
mit unserem 840
Kunst-Speise-Fett.
Sie sparen die Hälfte am Preis!
1 Pfd. à 62 Pfg., 5 Pfd. à 58 Pfg.
10 Pfd. à 58 Pfg., 20-50 Pfd. à 54 Pfg.
Grosser Versand nach auswärts
in 5, 10 und 20 Kilo-Eimern.
Gebrüder Hensel, Dillig.
Karlsruhe I. B.

3 Wohlfühle Tage 3

Während dieser
3 Tage
 in allen Abteilungen grosse
 Posten Waren zu ganz
 niederen
Extra-Preisen.

Damen-Putz		
Damenhüte mit Blumen, Band und Fantasiegarnituren	10.75 5.50	2.75
Kinderhüte apart garniert	6.50 3.75	1.75
Hutblumen, viele Blütenarten und Rosen	75 50	35
Südwester für Knaben u. Mädchen in verschiedenen Stoffen	2.75 1.25	50

Konfektion		
Kostüme, Leinen u. Frotté	27.50 16.50	12.75
Kostüme, engl. und blau	21.50 17.50	12.75
Kleider, Moussel. u. Voile	24.75 19.50	13.75
Kleider, weiss	24.50 16.75	8.25
Mäntel, Popeline u. engl. Art	19.75 15.74	8.75

Blusen u. Röcke		
Blusen, weiss	2.75 1.85	95
Blusen, Wasch und Moussel	2.75 1.70	1.25
Röcke, engl. u. blau	5.75 4.50	3.90
Röcke, weiss	6.75 5.50	3.75

Kinder-Konfektion		
Knaben-Waschblusen	50	1.10 85
Russenkittel	1.20 95	85
Knaben-Anzüge	3.50 2.25	1.45
Mädchen-Waschkleider	2.10 1.80	70
Mädchen-Blusen	2.20 1.80	1.20
Sticker-Kleider	3.25 2.50	1.90

Trikotagen		
Herren-Netz-Jacken klein- und grossmaschig	95 75	45
Herren-Einsatz-Hemden mit mod. Einsätzen	2.45 1.75	1.25
Herren-Macco-Hosen bewährte Qualitäten	1.75 1.35	95
Herren-Macco-Hemden mit Vorder- oder Schulterschuss	2.25 1.60	1.25

Herren-Artikel		
Herren-Oberhemd, in Percal u. Zefir, neueste Dessins	4.90 3.90	2.90
Herren-Sportkragen weiss und farbig	65 50	35
Herren-Selbstbinder schmale u. breite Formen	1.45 95	45
Herren-Westengürtel in allen mod. Farben	7.50 1.75	95
Herren-Sportmützen	2.45 1.15	65

Handschuhe		
Handschuhe, weiss, durchbrochen 2 Druckknöpfe	18	18
Damenhandschuhe, 12 Knopf lang, mit Fingern, weiss durchbrochen	60	60
Damen-Halbhandschuhe, 40 cm lang	30	30
Damenhandschuhe, farbig, 2 Druckknöpfe	38	38
Damenhandschuhe, farbig, 8 u. 12 Knopf lang	70	70
Damen-Glacedhandschuhe mit la. Steppnähten	1.35	1.35

Strümpfe		
Damenstrümpfe, gewebt, engl. lang, schwarz und leder	25	25
Damenstrümpfe, schwarz, mit farbigem Seidenzwickel	95	95
Damenstrümpfe, reine Seide, in allen Modefarben	1.35	1.35
Kinder-Strümpfe und Socken	20	20
Herren-Socken (Schweisssocken)	42	30
Herren-Socken (Spezialität Hahnen-Schweisssocken)	60	60

Gardinen		
Tüll-Gardinen abgepasste Fenster	9.50	6.75
Tüll-Gardinen Stückware	1.20	75
Erbstüll-Stores reiche Applikation	1.25	5.75
Stores-Stoffe, gold und elfenbein, 180 cm breit	1.25	95
Leinen-Garnituren, 2 Flügel 1 Querbehang	6.90	5.50
Tappiche, Linoleum		
Chaiselongue-Decke imit. Perser	8.50	8.50
Chaiselongue-Vorlage imit. Perser	6.25	6.25
Kamelhaarschlafdecke	7.25	7.25
Boden-Tappiche (Axminster) 170/235 cm	14.50	14.50
Boden-Tappiche (Axminster) 200/300 cm	22.50	22.50
Linoleum-Tappiche		
150/200	5.50	5.50
200/250	9.50	9.50
200/300	12.	12.

ca. 15000 Meter Waschstoffe
 als: Mousselines, Wolle und Baumwolle, Satins
 Zefirs, Batist, Voiles und Stickerstoffe, in billigen

Resten u. reduzierter Stückware
 aufgelegt.

Seidenstoffe ganz enorm preiswürdig

Serie I Radieux-Seide mod. Farben	95
Serie II cachemirart. Seide, moderne Streifen u. Farben	145
Serie III vorzügliche Ware sehr elegante Dessins	185

Aussteuer-Artikel		
Renforce und Cretonne	65 48	32
Madapolame, I. Qual.	70 58	45
Macco-Tuch	85	58
Bettendamast, weiss, 180 cm breit	1.45 1.-	85 68
Bettendamast, farbig, 180 cm breit	1.65 1.45	1.30
Bettuch-Cretonne, 160 cm breit	1.10 95	78
Halbleinen, 160 cm breit	1.45 1.30	1.15
Reinleinen, 160 cm breit	2.65	2.65
Halbleinen, 82 cm breit	1.10 85	65
Reinleinen, 82 cm breit	1.75 1.45	1.45
Taschentücher zum Aussuchen		
1/2 Dutzend mit Hohlraum, weiss	40	40
1/2 Batistaschentücher mit farbigen Rand	75	75

Wäsche		
Damen-Hemden	3.50 2.75 1.90	1.30
Damen-Beinkleider	3.25 2.45 1.75	1.10
Nachthemden	5.50 4.25 3.50	2.75
Sticker-Röcke	5.90 4.75 2.25	1.45
Untertaille	1.90 1.65 1.25	75
Bettwäsche		
bedeutend im Preise reduziert.		

Schürzen zum Aussuchen		
Kinder-Schürzen	95	95
Knaben-Schürzen	45	45
Blusen-Schürzen Satin und Zeugle	1.25	1.25
Haus-Schürzen schwere Zeugle	95	95
Blusen-Schürzen Panama, schwarz	1.75	1.75
Zier-Schürzen mit und ohne Träger	1.25 95	95

Corsets		
Corset, grau Drell	95	95
Corset, Jacquard	1.45	1.45
Corset, moderne Fassons	2.25 1.95	1.95
Corset, Satindrell, beige	3.50 2.90	2.90
Corset, Satindrell, weiss, eleg. Fasson mit 2 Pr. Strumpfhaltern	4.90	4.90
Oktis-Triumph-Corset-Schutzstangen	60	60

Modewaren		
Stickerkragen, runde und moderne Schulterformen	60 45	25
Jabots, reiche Sortiments	95 35	22
Bulgaren-Handtaschen	95	95
Spitzenstoffe in Tüll, Valenciennes und Kunstseide	1.95 95	75
Mull-Galons in diversen Breiten	95 75	30
Waschgürtel	85 40	40

Handarbeiten		
Tischläufer, weiss, 90/50 cm	1.10	1.10
Deckchen, weiss, 80/80 cm	1.10	1.10
Garnituren	1.45 1.45 1.45	1.45
Ueberhandtücher hübsch bestickt	1.25 95	95

Kurzwaren		
Perlmutterknöpfe Karte, 2 Dutzend	30 15	12
Stecknadeln Briefe mit 200 Stück	5	5
Druckknöpfe 12 Dutzend	50	50
Druckknöpfe 1 Dutzend	5	5
Sicherheitsnadeln Brief	7	7
Wäschebördchen farbig 10 Meter	26	26

Mode- und Aussteuerhaus

Hugo Landauer

Kaiserstrasse - Lammstrasse.

Deutscher Holzarbeiterverband
 Zahlstelle Karlsruhe.
 Am Samstag, den 31. Mai, abends 7/9 Uhr, findet in der „Goethehalle“, Goethestr. 4 (Eingang durch den Hausgang) untere

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Vortrag über die „Volksfürsorge“. Referent: Herr Aug. Hipp.
 2. Verbandsangelegenheit.
 Wir erlauben um zahlreichen Besuch.
 Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 2. Juni findet ein Ausflug statt. Abfahrt 8.04 Uhr nach Bruchhausen, dann zu Fuß nach Freialtheim, Rahlberg, Moosalbtal, Fischweier, von dort mit der Bahn zurück. Fahrpreis 70 Pf.

Schuhwaren
 in bekannt besten Qualitäten und Vorformen, in allen Preislagen und Sie werden mein ständiger Kunde.
 Schuhlager
Ludwig Betsche
 Uhländstr. 35, (Nähe Sofienstr.)
 Halbfrau, Bett u. Federbett neu aufgerichtet, 35 M., Waschkommode mit Marmor, 30 M., Tisch, Sofa 18 M., Küchenschrank, 35 M., Schrank, Pfeilerkommode, Zimmertisch, Waschtisch billig zu verkaufen.
 Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.

Durlach. Achtung!
 Heute Freitag von 5 Uhr ab frische
Leber- u. Griebenwürste
 und morgen Samstag prima frisches Schweinefleisch (keine Rostschadung) per Pfund 84 Pf. empfiehlt
Friedrich Weber,
 Auerstrasse 50.
 Sehr billig wegen Umzug zu verkaufen: 2 gleiche englische Bettstellen mit Patentrollen, 2 vollst. Betten, ein eisern. Bett, 2 gute Chiffoniere, Tischdewan, 6 Stühle, Vertigo u. noch verschiedenes. Alles in gut. Zustand. Angesehen Freitag, Samstag u. Sonntag, Rintheimerstr. 20 partierre links. 1282

Billige Schuhwaren!
 Um mein Lager vollständig zu räumen, verkaufe ich den
Restbestand
 der noch vorhandenen Schuhwaren zu fabrikartig billigen Preisen
W. Krüger Auktionsgeschäft
 und Schuhlager
 40 Adlerstrasse 40. 1297

Verloren. Grün Touristenfreundezeichen von Schluttenbach bis zur Kreuzweghütte. Abzugeben Karlsruhe, Werberplatz 39, 4. Et. links. 1245

Verloren eine Brosche mit Photographie auf dem Waldfest der Cassalia oder auf dem Weg zur Sofienstrasse, Abzug gegen Bel. bei Röhler, Sofienstrasse 56. Seitenb. 4. Et.